

Besprechungen

Antonin Wagner: Steuerprobleme der Entwicklungsländer. Die stufenweise Rationalisierung von Steuersystemen als Methode der Entwicklungsfinanzierung. Zürich 1971. Schulthess Polygraphischer Verlag. 272 S.

Wagner geht in seiner der Universität Zürich vorgelegten und 1971 veröffentlichten Dissertation davon aus, daß die unterentwickelten Länder dem Wachstumsziel Vorrang vor anderen wirtschaftspolitischen Zielen geben. Aus dieser Sicht liegt die Aufgabe einer wachstumsorientierten Steuerpolitik in der Förderung der Kapitalbildung.

Der Autor unterstellt, daß auf einer niedrigen Stufe der Entwicklung dem Idealtyp einer aufkommensorientierten Steuerpolitik Vorrang vor einem System von Anreizsteuern zu geben ist. Das Problem liegt dann in der Gestaltung eines Systems, das das Steueraufkommen maximiert, aber gleichzeitig die mit der Aufkommensmaximierung verbundenen Opportunitätskosten in Form entgangener privater Ersparnisse und Investitionen so gering wie möglich hält (S. 59).

Die Substitution der historisch gewachsenen Steuersysteme durch ein für alle Entwicklungsländer gleiches und zeitungebundenes System lehnt der Autor ab. Stattdessen fordert er eine Modernisierung, die den sich ständig ändernden Bedingungen angepaßt ist. Er spricht in diesem Zusammenhang von einer „stufenweisen Rationalisierung der Steuersysteme unterentwickelter Länder“.

In den sich anschließenden Kapiteln untersucht Wagner zunächst die traditionellen Formen der Besteuerung, die Landwirtschaftsteuern und die Außenhandelsabgaben. In Ländern, in denen der Agrarsektor dominiert, muß die Landwirtschaft vermehrt zur Entwicklungsfinanzierung herangezogen werden. Länder mit starker Außenhandelsabhängigkeit müssen ihre Import- und Exportsteuern modernisieren.

Die Forderung nach einem ausreichenden Steueraufkommen sowie die Berücksichtigung des Leistungsfähigkeitsprinzips verlangen jedoch auf lange Sicht die Einführung der Einkommensteuer als Hauptform der Besteuerung. Unter Zugrundelegung der besonderen Bedingungen unterentwickelter Länder wird dieser Prozeß durch die Erhebung einer differenzierten Umsatzsteuer eingeleitet, die als Masseneinkommensteuer zu verstehen ist. Die begrenzte Einkommensteuer bzw. die gestufte Personensteuer gelten dann als weitere Stationen zu einer direkten und allgemeinen Einkommenbesteuerung.

In den beiden letzten Kapiteln geht Wagner auf die Ergänzungsteuern zur persönlichen Einkommensteuer ein sowie auf die Frage, inwieweit sich in einem ausgesprochen aufkommensorientierten System die private Spar- und Investitionstätigkeit durch steuerliche Maßnahmen beeinflussen läßt.

Die Arbeit Wagners zeichnet sich durch den Versuch aus, das Steuersystem den sich im Zuge der Entwicklung ergebenden Strukturwandlungen anzupassen. Andererseits werden durch die Beschränkung auf das Wachstumsziel stabilitäts- und verteilungspolitische Fragestellungen, soweit sie das Steuersystem berühren, ausgeklammert.

Peter Bieber, Gießen

Eckhard Weber: Stadien der Außenhandelsverflechtung Ostmittel- und Südosteuropas. Stuttgart 1971. Gustav Fischer. 308 S.

Zunächst schildert der Verfasser den Außenhandel des besagten Raumes in den Jahren 1929 - 1938 und unterstreicht die Bindung an die europäischen Industriestaaten mit Deutschland an der Spitze, während die Rolle der Sowjetunion minimal war. Die nach dem zweiten Weltkrieg entstandene Lage brachte eine völlige Umkehrung der Außenhandelsverhältnisse in Ostmittel- und Südosteuropa. Die früher dominierende Stellung des Westens, vor allem des Deutschen Reiches, ging verloren, und die Sowjetunion wurde zum Haupthandelspartner der unterworfenen Länder. Die im sowjetischen Machtbereich eingesetzten sozialistischen Regierungen verstaatlichten auch den Außenhandel und begannen eine nach sowjetischem Muster forcierte Industrialisierung, die sie von den Lieferungen Moskaus und eigenen Gegenlieferungen abhängig machte.

Neben der neuen geographischen Ausrichtung des Außenhandels dieser Länder erfuhr auch seine Güterstruktur einen bedeutenden Wandel. Früher überwog in den meisten von ihnen die Einfuhr von Investitionsmitteln und industriellen Rohstoffen, während die Ausfuhr sich hauptsächlich aus Agrarprodukten und manchen Rohstoffen zusammensetzte. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden immer größere Mengen von Maschinen, Ausrüstungen und Werkzeugen exportiert, dafür aber nahm die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen beständig ab. In der Einfuhrstruktur hingegen gab es keine wesentlichen Verschiebungen. Der im Jahre 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG) wurde im Laufe der Zeit zu einem festen Bindemittel zwischen der Sowjetunion und den übrigen Ostblockstaaten, wobei die Verflechtung des Interblockhandels immer größere Ausmaße annahm. Gewiß, der bürokratisierte und wenig flexible Warenaustausch stieß und stößt auf immer neue Schwierigkeiten, doch erfolgen rund drei Viertel des Außenhandels im Ostblock innerhalb seiner Grenzen. Andererseits liegen Handelskontakte mit dem Westen im Interesse aller RWG-Staaten, und zwar ungeachtet der doktrinären Gegensätze. Der Verfasser zitiert das Wort von Andreas Predöhl: „Die Politik ist mächtig, aber nicht allmächtig. Vergreift sie sich allzusehr an der Wirtschaft, dann schadet sie ihren eigenen Zielen, die nur auf der Grundlage einer starken Wirtschaft erreichbar sind.“

Das Buch Webers liefert einen sehr nützlichen Beitrag zum Thema Osthandel. Der Verfasser verstand es, gestützt auf ein beachtliches Tatsachen- und Zahlenmaterial, die Stadien der Außenhandelsverflechtung in Ostmittel- und Südosteuropa plastisch darzustellen und ihre Problematik klar zu umreißen. Zahlreiche Diagramme und Tabellen sowie ein 20 Seiten starkes Quellenverzeichnis vervollständigen den Wert des Buches.

R. Peter Rochlin, Berlin

Klaus Wittkau: Rahmenplanung des Städtebaues. Politische Siedlungskontrolle und das Problem der Intervention. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 133 S.

Um es gleich vorwegzunehmen: Trotz einiger Bemühungen gelang es dem Rezensenten nicht, ein der Arbeit zugrundeliegendes Untersuchungsziel zu erkennen.

Im ersten Teil („Staatliche Kontrolle der Entwicklung als Problem“) wird die Frage nach dem legitimen Bereich staatlicher Tätigkeit unter Heranziehung sozialphilosophischer Kategorien (und Autoren) gestellt. Ein gänzlich unzulänglicher und teilweise schon an das Peinliche grenzender Versuch. Der Verfasser begab sich hier auf ein Feld, das er besser gemieden hätte.

Im zweiten Teil („Steuerung der Siedlungsentwicklung durch einen Rahmen, an dessen Setzung die Gesamtheit beteiligt ist“) erwartet der Leser unter anderem Überlegungen, die in Handlungsanweisungen für die fachlich und politisch verantwortlichen Planungsinstanzen einmünden könnten. Aber weit gefehlt. Statt dessen wird der mißglückte ideengeschichtliche Exkurs des ersten Teils unter neuem Vorzeichen fortgesetzt, was zur Folge hat, daß die vorher schon aufgetretenen Unzulänglichkeiten sich teilweise ins Unerträgliche steigern. Hinter hochgestochenen Überschriften (so z. B. der Gliederungspunkt II. Teil, 3., [2], a: Liberale Version; separierend, partiell konkret, als offenes System) folgt wenig Inhaltsschweres.

Aber vielleicht sind es auch nur die Eigenarten einer sehr individuell gebrauchten Sprache, die den Sinn allenthalben verhüllen und die Tiefe der Gedankenführung nicht erkennen lassen. Den Vorwurf schon im Ohr, willkürlich einige Passagen aus dem Zusammenhang gerissen zu haben (welche Zitate sind nicht aus dem Zusammenhang gerissen?), sollen im folgenden trotzdem einige Exempel vorgeführt werden, die Aufschluß zu geben vermögen über des Verfassers sprachliche und gedankliche Eigentümlichkeiten.

„In dieselbe Richtung prinzipieller Vereinigung der Erreichbarkeit eines optimalen Standortgefüges für Landnutzungen im Wege eines durch die Individuen gehandhabten Mitteleinsatzes selbst bei vollkommenem Rahmenwerk, und damit prinzipieller Befürwortung einer substantiellen Lenkung dieses Bereiches durch politische Körperschaften, gehen auch die Auffassungen Burckhardts (im Original hervorgehoben)“ (S. 40). „Externalitäten gibt es viele, vielleicht sind es unzählige“ (S. 46). „Zur Beeinflussung des Geschehens im „Fremdbereich“ verwendet der Plan das Mittel der Zonung, wurde gesagt“ (S. 59). „Offenheit“ ist eine Eigenschaft, die sich sowohl auf Lenkungsmittel als auch auf Zielbilder beziehen läßt. Versteht man darunter das erste, so könnte man sagen, eine Festsetzung ist in dem Maße offen, in dem sie nicht auf das Erreichen konkreter Ziele gerichtet ist. Wofür man auch setzen kann, sie ist es in dem Maße, in dem sie Regel ist. Dieses in die anfängliche Aussage eingesetzt, würde ihre folgende Umformung ermöglichen: Eine vollkommen offene Anweisung ist eine vollkommen zielunabhängige Anweisung oder eine vollkommene Regel“ (S. 61). „Aber um das Lokalhalten lokaler Regierung geht es denjenigen, die die Werte lokalen Regierens hochhalten, sagt Self (im Original hervorgehoben)“ (S. 92).

Leider handelt es sich hier nicht um Einzelfälle. Das sprachliche Unvermögen spiegelt eine Verworrenheit, die es dem Leser über weite Strecken unmöglich macht, den Inhalt des Dargebotenen gedanklich nachzuvollziehen, geschweige denn einen „roten Faden“ herauszufinden. Gleichfalls unerträglich ist diese

(als Habilitationsschrift angenommene) Arbeit in formaler Hinsicht. Gültige Richtlinien für die Anlage wissenschaftlicher Arbeiten scheinen dem Verfasser unbekannt zu sein; nur so lassen sich das Fehlen eines Literaturverzeichnisses, die Zitierweise und die eigenwillige Anfertigung des Stichwortverzeichnisses erklären. Verärgert legt man die Arbeit zur Seite.

Frohmund Grünärmel, Marburg/Lahn

Dieter Keutmann u. Margret Dieck: Auswirkungen der Konzentrationstendenzen auf das Handwerk. Göttingen 1971. Otto Schwartz & Co. XVI/338 S.

Die im Forschungskreis um Georg Weisser entstandene, breit angelegte Untersuchung geht zwei Fragen nach, die kaum jemals eindeutig beantwortet werden können. Das ist einmal die Frage nach den kausalen Zusammenhängen zwischen Fortschreiten der industriell-kommerziellen Konzentrationsvorgänge einerseits und den vielerlei Strukturveränderungen im Handwerksbereich andererseits, die keineswegs mit einfacher Verdrängung vom Markt identisch sind. Aus der Tatsache, daß die zweifellos vorhandenen Auswirkungen der Konzentration von der Handwerkerschaft und ihren Verbänden nicht tatenlos hingenommen werden, erwächst die zweite Frage: mit welchen Mitteln und Erfolgsaussichten Abwehrstellungen aufgebaut und kompensierende Maßnahmen durchgesetzt werden können. Die genossenschaftliche Kooperation ist die älteste und am weitesten verbreitete Waffe, mit der das Handwerk auf diesem Felde zu kämpfen vermag.

Sie war lange Zeit auch die einzige, ist es aber nicht mehr. Heute ordnet sich um die auf ihrer Selbständigkeit beharrenden Handwerker ein ganzer Kranz von Selbsthilfeeinrichtungen und förderungswirtschaftlichen Kooperationsgebilden, dessen weiterer Ausbau lediglich eine Sache der Beschaffung geeigneter Personalkräfte, ihrer Heranbildung und Finanzierung sein dürfte. Hier zeichnen sich allerdings Grenzen ab, die nicht leicht zu erweitern sind. Damit mündet die ursprüngliche Problemstellung des Buches in das allgemeine handwerkspolitische Anliegen unserer Zeit, dem im Hinblick auf die Zusammenführung der nationalen Volkswirtschaften in der EWG erhebliche Bedeutung zuwächst.

Die stoffreiche, die einschlägige Literatur voll berücksichtigende Veröffentlichung kann als weiterer Baustein bei der Errichtung einer zeitgemäßen handwerkspolitischen Konzeption angesehen werden. Die Lektüre wird nicht nur allen handwerkspolitisch interessierten und tätigen Kreisen empfohlen; auch die zeitgenössische Gewerbewissenschaft, die einer neuen Profilierung bedarf, ist angesprochen und sollte sich angeregt fühlen, mit neuen Fragestellungen an das alte Thema heranzugehen.

Wilhelm Wernet, Schönmünzach/Schw.

Erich Wyluda: Lehnrecht und Beamtentum. Studien zur Entstehung des preußischen Beamtentums. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 171 S.

Um den Nachweis für die These zu erbringen, daß das Lehnrecht eine der Wurzeln des modernen Beamtentums ist, faßt Wyluda die Geschichte des Lehnwesens von der Merowingerzeit bis zum 19. Jahrhundert im ersten Kapitel seines Buches kurz zusammen. Sodann zeigt er am Beispiel Branden-

burg-Preußen, wie die privatrechtliche Bedeutung des Lehnrechtes besonders im Grundstücksverkehr wuchs, dagegen die öffentlich-rechtliche Rolle der Lehnträger zurücktrat und schließlich ganz verlorenging. Für die Verwaltung des Staates mußte ein neuer Stand entstehen, das Beamtentum, das während seiner jahrhundertlangen Entwicklung und bei der anfangs doppelten Bindung der Vasallen an ihren Landesherrn — eben der privat- und der öffentlich-rechtlichen — „viele Elemente und Institute des Lehnrechtes“ (S. 137) übernahm. Ein Sonderkapitel über den Eid der Lehnträger und den der Beamten verdeutlicht diese Rezeption. Selbstverständlich: Das Beamtenrecht entstand nicht als bloßer Sonderzweig des Lehnrechtes.

Die verdienstvolle und gründliche Arbeit wird dazu beitragen, über die öffentliche Verwaltung und ihre Träger und über eine Weiterbildung des Beamtenrechtes nachzudenken.

Eberhard Schmieder, Berlin

Michael Bohnet (Hrsg.): Das Nord-Süd-Problem. Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. München 1971. Piper. 2. bearb. Aufl. 303 S.

Dieser Reader hat in kürzester Zeit zu einer zweiten Auflage geführt. In ihm schildern zeitgenössische Autoren aus West und Ost die sich gegenwärtig immer deutlicher abzeichnende Kluft zwischen Nord und Süd, weiterhin Ursachen der Armut von Ländern der „Dritten Welt“ und dadurch ausgelöste Konflikte, sodann in der Erprobung befindliche Strategien zu ihrer Behebung oder Institutionalisierung, schließlich längerfristige Perspektiven der Entwicklung. *Bohnet*, dem Herausgeber, der neben einer allgemeinen Einführung einen fundierten Überblick über die zur Zeit wichtigsten Entwicklungstheorien und jeweilige knappe Einleitungen zu den Hauptteilen der Schrift beisteuert, kann man bescheinigen, daß seine Auswahl zweifellos für die Gegenwart besonders relevante Beiträge betrifft. Sie stammen u. a. von Autoren wie *Behrendt*, *Baran*, *Schuhler*, *Myrdal*, *Knall* und *Galtung*, die sämtlich — ungeachtet von einander abweichender Standpunkte — zu den in Entwicklungsländerfragen ausgewiesenen sozialwissenschaftlichen Forschern gehören. Es trägt zur Authentizität der Auswahl bei, daß aber auch führende Persönlichkeiten aus Entwicklungsländern selbst und internationalen Organisationen mit grundsätzlichen Äußerungen zu Worte kommen, u. a. *Nyerere*, *Lin Piao*, *Prebisch* und *Pearson*. Beigegeben ist der Schrift eine auf dem neuesten Stand befindliche Bibliographie des Schrifttums der Entwicklungsländerprobleme, natürlich ebenfalls als Auswahl angelegt.

Trotz seiner Sachlichkeit besonders erregend und zweifellos einer der besonders gelungenen Beiträge der Schrift ist *Johan Galtung*s Abhandlung „Über die Zukunft des internationalen Systems“. In ihr wird herausgearbeitet, warum der traditionelle Ost-West-Gegensatz immer stärker durch den Nord-Süd-Konflikt abgelöst werden dürfte. *Galtung* freilich nicht streng fundierte Vorhersage, die zuerst 1967 veröffentlicht wurde, lautet, daß Ost und West — einschließlich der beiden Teile Deutschlands — schon in den siebziger Jahren aufhören werden, ein Gegensatzpaar zu sein, „und zwar nicht infolge einer völligen Konvergenz der sozio-ökonomischen Systeme, sondern wegen der Entideologisierung und Technisierung des Wirtschaftslebens und wegen einer weitgehenden wechselseitigen Abhängigkeit“. Der entstehende „gigantische neomoderne Komplex“ werde zwar keine Gesamtregierung haben, sondern durch ein System supranationaler und supraregionaler Organisationen ko-

ordiniert sein und nicht umhin können, mit diesen Organisationen eng zu kooperieren (S. 229).

Die Auswahl der Beiträge wurde offenbar so getroffen, daß in der Schrift wesentliche geistig-psychologische Grundlagen des Nord-Süd-Konflikts bzw. der Unterentwicklung in großen Teilen der Welt ebenso transparent werden wie — das zeigt nicht zuletzt die soeben zitierte Stelle — das für die heutige Zeit von vielen Akteuren und Betrachtern der Szenerie bejahte Erfordernis zur Kooperation (den Ausdruck in einem weiten Sinne aufgefaßt). Wenn in der Schrift auch Genossenschaften (also Kooperation in einem engeren Sinne des Wortes) nicht behandelt, ja trotz ihrer Bedeutung für die Entwicklungsländer kaum einmal gestreift werden — mit Ausnahme von S. 209 f., wo ein *Nyerere*-Bekenntnis für ein verbessertes genossenschaftliches Dorfleben und für Schulgenossenschaften mit zur Darstellung gelangt —, so um so mehr die Kooperation im weiteren Sinne des Wortes, was ich für bemerkenswert halte. Darlegungen dazu erfolgen zwar nirgends systematisch, jedoch in lockerer Form bei vielen Autoren und an verschiedenen Stellen. Beispielsweise geschieht dies bei der Herausarbeitung allgemeiner politischer Ziele, weiterhin anlässlich der Charakterisierung einer Sozialpolitik im Weltmaßstab, schließlich auch bei der Kennzeichnung von im weiteren Sinne gewerkschaftlichen Tendenzen zur Organisierung grundsätzlich friedlicher Gegenmachtbildung zwecks Durchsetzung bestimmter Ziele. Wenn revolutionäre oder kriegerische Entwicklungen, die aus purer Verzweiflung oder auch aus Berechnung (vgl. S. 240, 258) erfolgen, vermieden werden sollen, wird der Kooperation künftig vermutlich effektiv wachsende Bedeutung zukommen.

Werner Wilhelm Engelhardt, Köln

Michael-Detlef Bolle: Kurz- und langfristige Analyse ungleichgewichtiger makroökonomischer Angebot-Nachfrage-Systeme. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 148 S.

Bei langfristigen Analysen, bei wachstumstheoretischen Untersuchungen also, beschäftigt man sich vorwiegend entweder mit den auf dem *Keynes*-schen Apparat beruhenden Wachstumsmodellen à la *Harrod* oder mit den neoklassischen Ansätzen à la *Solow*. Beide Forschungsrichtungen implizieren jeweils ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, doch wird dabei stets die eine Komponente hervorgehoben, die andere gleichgewichtig an diese angepaßt. So tritt bei der einen Modelltheorie (*Harrod*) der Nachfrageaspekt, bei der anderen (Neoklassik) dagegen der Angebots-(Produktions-)aspekt in den Vordergrund. Die Analyse von Gleichgewichtssituationen wird nun vom Verf. durch den zusätzlichen Einbau von geldtheoretischen Überlegungen auf Ungleichgewichte ausgedehnt. Dabei interessiert ihn nicht allein die langfristige Entwicklung, sondern — und dies ist ja bei Ungleichgewichtssituationen nicht anders durchführbar — auch die unmittelbare Folgewirkung einer bestimmten Ungleichgewichtssituation, also der kurzfristige Aspekt.

Ausgangspunkt ist für den Verf. die Gleichgewichtsanalytik der konventionellen Theorie eines Zwei-Sektoren-Modells. Durch sie wird das Problem von Ungleichgewichten beschrieben und schließlich die Ursachen aufgezeigt, die für zyklische Wachstumspfade unterstellt sind. Es handelt sich dabei um einen Gedanken, der schon früher von *Carl Föhl* in die Diskussion eingeführt wurde, nämlich die simultane Analyse von Geld-, Güter- und Arbeitsmarkt.

Damit wird das weitere Vorgehen des Verf. akzentuiert, so daß später praktisch nur noch Implikationen und Verfeinerungen abgehandelt zu werden brauchen. Im zweiten Abschnitt behandelt der Verf. die Ungleichgewichtsanalytik in kurzfristigen Angebot-Nachfrage-Systemen, wobei immer auch verteilungstheoretische Konsequenzen (hinsichtlich der Lohnquote) aufgezeichnet werden. Es handelt sich dabei um die unmittelbaren Interdependenzen von Reallohn, Lohnquote, Preisniveau und Beschäftigung. Im dritten Teil der Arbeit kommt schließlich noch der langfristige Aspekt hinzu, der von ungleichgewichtigen Situationen auf den drei schon erwähnten Teilmärkten der Volkswirtschaft zu zyklischen Wachstumspfaden führt.

Die vorliegende Arbeit ist nicht immer leicht zu lesen, was aber an der komplizierten Materie und nicht etwa an einem Ungeschick des Verf. liegt. Für ihn gilt vielmehr, daß er neben der instrumentalen Beherrschung seiner mathematischen Werkzeuge auch immer die Umsetzung seiner Ergebnisse in ökonomische Zusammenhänge ausführlich aufzeigt. Dies läßt eine Lektüre dieser Arbeit sehr fruchtbar erscheinen.

Manfred Borchert, Münster/W.

Hans E. Büschgen: Rentabilität und Risiko der Investmentanlage. Stuttgart 1971. C. E. Poeschel. 315 S.

Rentabilität und Risiko sind die zentralen Größen, an denen die Anlagepolitik der Investmentgesellschaften sich zu orientieren hat. Daher ist es sehr verdienstvoll, daß Büschgen sich mit dieser komplexen Problematik, deren ganze Vielfalt das Buch sehr deutlich werden läßt, ausführlich auseinandersetzt. Nach einer einleitenden Darlegung des Wesens der Investmentgesellschaften und des Grundprinzips der Fonds im Hinblick auf Rentabilität und Risiko befaßt sich die Arbeit mit der praktischen Realisierung des Diversifizierungsgebots in der Anlagepolitik der Fonds, wobei u. a. auch die Schwierigkeiten diskutiert werden, die von der Struktur des deutschen Kapitalmarktes her einer beweglichen Anlagepolitik entgegenstehen. In einem weiteren Abschnitt wird auf spezielle Anlagegrundsätze und -ziele eingegangen. Dabei wendet sich der Verfasser mit überzeugenden theoretischen und empirischen Argumenten gegen die Vorstellung, wonach sich das sogenannte Hedging (Kombination von Kredit- bzw. Terminkäufen mit Leerverkäufen) für den Anleger risikomindernd auswirke. Auch mit der „Performance“ als Erfolgs- und Beurteilungsmaßstab setzt er sich kritisch auseinander. Von den weiteren behandelten Themenkreisen verdienen insbesondere die Überlegungen über das Timing des Investmentanlegers und die ihm erwachsende Kostenbelastung Beachtung, ferner auch die instruktiven Rentabilitätsberechnungen für exemplarisch ausgewählte Investmentanlageprogramme.

Es handelt sich um eine Arbeit, die die Problematik der Anlageentscheidungen von Investmentgesellschaften sehr eingehend untersucht, wobei die Darstellung durch reichhaltiges empirisches Material untermauert wird. Die Lektüre des Buches ist insbesondere auch Investmentsparen zu empfehlen, zumal der Verfasser sich um eine praxisorientierte Darstellung bemüht. Zwar verzichtet er nicht auf die Behandlung theoretischer Grundlagen, doch können diese Passagen von hieran weniger interessierten Lesern übergangen werden.

Lesenswert sind im einzelnen insbesondere die Ausführungen über die Überdiversifizierung, die zeigen, daß ein sehr großer Risikostreuungseffekt

bereits mit vergleichsweise schmalem Portefeuille erzielbar ist. Die Anregung, daß die deutschen Fonds sich am Aktien-Optionshandel sollten beteiligen können — zu ihrem eigenen Nutzen und zum Vorteil des Optionshandels — verdient aufmerksame Prüfung.

Robert Wittgen, Darmstadt

Hollis B. Chenery u. a. (Hrsg.): Studies in Development Planning. Cambridge (Mass.) 1971. Harvard University Press. 422 S.

1965 gründete eine Gruppe von Ökonometrikern (*H. Chenery, S. Bowles, M. Bruno* u. a.) an der Harvard-Universität das „Project for Quantitative Research in Economic Development“, um durch Anwendung quantitativer Methoden zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme in den Entwicklungsländern beizutragen. Die Mitglieder der Gruppe haben jetzt unter dem Titel „Studies in Development Planning“ eine Reihe von Arbeiten veröffentlicht. Der Sammelband enthält 17 Aufsätze, von denen einige bereits vorher publiziert wurden. Er ist in vier Abschnitte aufgeteilt: I. Allgemeine Planungsmodelle; II. Internationaler Handel und Externe Ressourcen; III. Sektorale Planung; IV. Empirische Grundlagen für Entwicklungsmodelle.

In den Abschnitten I - III werden langfristige „Planungsmodelle“ dargestellt, die neben einer Hauptbedingung (z. B. Konsum als Wohlstandsindikator) die jeweils relevanten Nebenbedingungen enthalten. Sie sind als statische oder dynamische Mehrsektorenmodelle konzipiert. In den ersten beiden Abschnitten wird dem two-gap-Problem besondere Beachtung geschenkt (Zusammenhang zwischen Kapitalhilfe, Sparlücke, Devisenlücke und wirtschaftlichem Wachstum). Zu erwähnen ist hier die Arbeit von *Adelman* und *Chenery* (*Foreign Aid and Economic Development: The Case of Greece*), wo in Form eines einfachen allgemeinen Gleichungssystems der Zusammenhang zwischen Kapitalhilfe und wirtschaftlicher Entwicklung beschrieben wird. Die Autoren zeigen am Beispiel Griechenlands, welch entscheidende Bedeutung der ausländischen Kapitalhilfe für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zukam. Sie gelangen zu dem Ergebnis, daß die Beibehaltung der angestrebten Wachstumsrate bei gleichzeitigem Abbau der Kapitalhilfe strukturelle Veränderungen der Wirtschaft verlangt (z. B. steigende Ersparnisse, Importsubstitution). Ein weiterer Problemkreis, der für die beiden ersten Abschnitte charakteristisch ist, bezieht sich auf die in Entwicklungsländern vorhandenen Substitutionsmöglichkeiten zwischen Gütern (*E. Weisskopf*) und Faktoren (*Chenery* und *Raduchel*): Die Arbeit von *Weisskopf* (*Alternative Patterns of Import Substitution in India*) zeichnet sich durch ihren hohen Disaggregationsgrad aus (147 Sektoren, Einperiodenmodell). *Chenrys* und *Raduchels* Untersuchung (*Substitution in Planning Models*) ist insoweit interessant, als sie zeigt, daß die gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität K/L auf Änderungen der Faktorpreise stärker reagiert als auf Änderungen der Konsum- und Handelsstruktur. Die bisher praktizierte Beeinflussung von K/L via Änderung der Güterpreise halten sie deshalb für nicht ausreichend.

In Abschnitt III werden Planungsmodelle dargestellt, die sich auf spezielle Sektoren beziehen, den Agrar- und den Erziehungssektor.

Abschnitt IV enthält — in der Terminologie *Chenrys* — „Ökonometrische Modelle“. Hier werden u. a. einige der in den „Planungsmodellen“ verwendeten Hypothesen getestet.

Das Buch zeichnet sich durch ein hohes Niveau aus. Die Autoren beschränken sich nicht allein auf die Erörterung der im übrigen gut dargestellten mathematischen Methoden. Sie versuchen darüber hinaus, wichtige wirtschaftspolitische Konsequenzen herauszuarbeiten. Als Nachteil muß die ausschließliche Behandlung von Effizienz- und Allokationsproblemen angesehen werden; Verteilungspolitische Fragestellungen wurden ausgeklammert. Insgesamt kann man aus der Lektüre des Buches eine Fülle von Anregungen erhalten. Eine kritische Überprüfung der Thesen setzt fundierte ökonometrische Kenntnisse voraus.

Peter Bieber, Gießen

Ajit K. Dasgupta und A. J. Hagger: The Objectives of Macro-Economic Policy.
London, Basingstoke 1971. Macmillan. VIII u. 529 S.

Das Buch soll nach Intention seiner Verfasser britischen fortgeschrittenen Studenten als modernes Textbuch über die Grundlagen der Wirtschafts-, genauer: der Ablauf- oder Stabilisierungspolitik dienen. Obgleich jene Grundlagen, vor allem was ihre theoretischen Komponenten betrifft, in allen westlichen Industrieländern im Kern die gleichen sind, unterscheidet sich demnach die vorliegende Arbeit doch recht stark von anderen Werken mit vergleichbarer Thematik. Es bezieht sich ausschließlich auf britische Verhältnisse, d. h. auf spezifisch britische Stabilitätsprobleme, Institutionen, empirische Entwicklungen und gesetzliche Grundlagen. Damit wird die Lektüre für nicht-britische Leser zwar nicht überflüssig oder uninteressant, aber in manchen Passagen doch etwas abseitig. Ferner ist der Text für Anfänger ungeeignet. Die Autoren diskutieren einzelne Spezialprobleme der Makrotheorie und Fragen ihrer empirischen Überprüfung auf einem recht hohen Niveau, sowohl was den Inhalt als auch was die Benutzung mathematischer Darstellungsmethoden angeht. Allerdings muß man ihnen bescheinigen, daß sie nur solche theoretischen Probleme ausbreiten, die für die Diskussion der wirtschaftspolitischen Aspekte wirklich notwendig und nützlich sind; insoweit ist es ihnen gelungen, den oft gemachten Fehler des Mitschleppens von unnötigem Ballast zu vermeiden.

Der Aufbau des Buches orientiert sich an den vier großen Zielen der Stabilitätspolitik, hier internes und externes Gleichgewicht, Preisstabilität und hohes Wachstum, wobei diese Teile zunächst einzeln, d. h. ohne Berücksichtigung ihrer möglichen Beziehungen untereinander, behandelt werden; das Problem der Zielkonflikte ist dann Gegenstand des letzten Teils. Beispielhaft sei ganz kurz angedeutet, wie die Verfasser etwa das Problem des internen Gleichgewichts entwickeln: Ausgehend von einem einfachen (Keynesschen) Modell mit aggregativer kurzfristiger Konsumfunktion und autonomer Investition stellen sie die neueren Entwicklungen der Konsumtheorie (transitorisches und permanentes Einkommen als Nachfragedeterminanten) dar, erweitern das Modell um eine detaillierte Importfunktion, führen spezielle Funktionen für Brutto-Anlage- und Wohnungsbau-Investitionen sowie für Lagerhaltungsinvestitionen ein, wobei alle diese Beziehungen auf ihre empirische Relevanz hin getestet werden, und diskutieren dann die wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen, mit deren Hilfe die dergestalt in ihre Komponenten zerlegten Aggregate Gesamtangebot und Gesamtnachfrage beeinflußt werden können. Dieses Schema kehrt auch bei anderen Zielen immer wieder: Die Autoren fragen zunächst, welche derzeit verfügbaren Modelle am besten die

Verletzung eines Ziels (z. B. Abweichung vom internen Gleichgewicht qua Existenz einer Überschußnachfrage) erklären, dann konsultieren sie die wichtigsten bisher angewendeten Tests zur Überprüfung jener Modelle und ziehen schließlich die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen unter Beachtung der — speziell in Großbritannien — verfügbaren und politisch durchsetzbaren Instrumente und Maßnahmen.

Manche deutschen Leser werden den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen nicht an jeder Stelle uneingeschränkt zustimmen können. So scheinen die Autoren z. B. zur Abwehr einer Gefährdung des Preisstabilitätsziels durchaus bereit zu sein, auch gesetzliche Preis- und Lohnfixierungen als Maßnahmen der sog. Einkommenspolitik zumindest temporär ins Auge zu fassen — ein im Lichte der britischen Erfahrungen zwar weniger tabuiertes, aber keineswegs sehr erfolgreiches Mittel.

Technisch ist noch zu bemängeln, daß die Autoren einen Punkt über einer Variablen in zweifacher Bedeutung verwenden, nämlich einmal i. S. einer proportionalen Veränderungsrate und zum anderen i. S. der Ableitung nach der Zeit.

Helmut Walter, Hohenheim

Rudolf B. Eich: Investitionstätigkeit und Investitionspolitik in der internationalen Mineralölindustrie. Ihre Bedeutung für die Energieversorgung der Welt. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 252 S.

Die Problematik der Energieversorgung der westlichen Welt ist in den letzten Jahren erneut in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt. Einmal liegen dem politischen Faktoren zu Grunde: der mit Nachdruck vertretene Wille der meisten Rohöl produzierenden Länder (OPEC), verstärkten Einfluß (bis hin zur faktischen Kontrolle) auf Rohölprospektion, -förderung und -vertrieb auszuüben. Zum anderen mehren sich alarmierende Vorausschauen, die von einer Verknappung der Energie- und besonders der Rohölversorgung zum Ende dieses Jahrhunderts sprechen. Eine Arbeit über die Investitionstätigkeit und -politik der internationalen Mineralölindustrie erlangt somit große Aktualität, denn sie werden in entscheidendem Maße auf die Lösung der sich zuspitzenden Problematik einwirken.

Eich behandelt im Kern seiner Arbeit, dem 2. und 3. Teil, die Investitionstätigkeit der großen Unternehmen der Mineralölindustrie seit 1946 und ihre Investitionspolitik. Er bringt dazu eine Fülle von Material aus der Praxis. Die Information erstreckt sich vor allem auf die (funktionale und regionale) Verteilung der Investitionen, Kapazitäten, Investitionsdeterminanten und Investitionspolitik der Mineralölindustrie. Auch liefert Kapitel 13 im 4. Teil interessante Angaben zur künftigen Investitionspolitik. Die Kompetenz des erfahrenen Praktikers aus der Mineralöl-Branche — Eich ist Abteilungsleiter bei der ESSO AG Hamburg — spricht aus diesen Kapiteln. Insoweit behandelt die Arbeit die Themenstellung und beantwortet im Wesentlichen die im Vorwort als Zielsetzung formulierten Fragen, ob es erstens der Mineralölindustrie gelungen ist, den steigenden Energiebedarf in den Jahren 1946 - 1966 kostengünstig und zuverlässig zu decken, und zweitens die Mineralölindustrie weiterhin bei der künftigen Energieversorgung die wichtigste Rolle einnehmen wird und dies u. a. aus ihrer Investitionspolitik erkennbar ist.

So weit so gut. Nun schneidet *Eich* in seinem Vorwort zwei weitere Fragen an, die tatsächlich schwieriger zu beantworten und äußerst aktuell sind, nämlich 1. die Möglichkeit einer positiven Beurteilung der Rolle der großen internationalen Konzerne bei der Sicherstellung der Versorgung und 2. die Förderung oder Behinderung der Tätigkeit der Mineralölindustrie durch wachsende politische Einflußnahme.

Dazu sagt die Arbeit bedauerlicherweise kaum etwas aus. Die Arbeit wird auch ihrem Untertitel nicht ganz gerecht. Der in ihrem 1. und 5. Teil unternommene Versuch, die Stellung der Mineralölindustrie in der Energiewirtschaft aufzuzeigen, überzeugt nicht. Der Leser findet lediglich alte, überholte Vorausschauen über den Energie- und Rohölbedarf (Quellen im Wesentlichen aus den Jahren 1961 - 1965, vgl. S. 36). So führen die in dieser Arbeit im Jahre 1971 veröffentlichten Schätzungen für den Energieverbrauch im Jahre 1970 (!) zu abwegigen Zahlen (vgl. S. 37). Überhaupt stören die alten Quellen, eine Aktualisierung vor dem Druck hätte die Arbeit wesentlich verbessert.

Auch zeigt die Arbeit immer dann Schwächen auf, wenn sich der Autor außerhalb seines Fachbereichs (den Investitionen) bewegt und Relationen zur Energiewirtschaft (insbes. Kap. 2 und 14) oder Volkswirtschaft (insbes. Kap. 1) darzustellen versucht. So bringt das Kapitel 1 „Volkswirtschaftliche Bedeutung der Energiewirtschaft“ lediglich eine Übersicht über den Energieverbrauch der Vergangenheit (bis 1967) und Schätzungen des künftigen Energieverbrauchs. Der Anteil der Energiewirtschaft an der Erstellung des Brutto-sozialprodukts, an den Investitionen der Industrie überhaupt oder ähnliche volkswirtschaftliche Größen werden nicht dargestellt. Des weiteren unterbleibt jede kritische Würdigung oder Untersuchung des gesammelten Materials schlechthin. Diese unkritische Darstellung von Daten zieht sich durch die ganze Arbeit.

So bleibt dem Leser nur die Möglichkeit, Fakten über die Investitionstätigkeit und -politik großer internationaler Unternehmen der Mineralölindustrie zur Kenntnis zu nehmen. Für denjenigen, den das umfangreiche und zweifelsohne mit viel Mühe und über lange Jahre hinweg zusammengetragene Material zu weiteren Auswertungen interessiert, wird die Arbeit *Eichs* eine nützliche Unterlage sein.

Hans-Eike von Scholz, Brüssel

Peter Erdős: Contributions to the Theory of Capitalist Money Business Fluctuations and Crises. Budapest 1971. Akadémiai Kiadó. 466 S.

Die hier in englischer Übersetzung vorliegende ungarische Originalausgabe besteht aus zwei unabhängig voneinander aufgebauten Abschnitten. Der erste Teil „Geld und Geldsystem im heutigen Kapitalismus“ stellt in historischer Betrachtung und theoretischer Analyse die Entwicklung und Grundzüge der gegenwärtigen kapitalistischen Geldwirtschaft dar, ohne dabei den Boden marxistischer Betrachtungsweise zu verlassen. Ausführlichen Raum widmet der Verfasser der Frage nach Wert und Wertbestimmung des Papiergegeldes. Der zweite, umfassendere Teil des Buches behandelt die Theorie der wirtschaftlichen Wechsellagen und Krisen, wiederum ausgehend von Marx. Die Verbindung zwischen beiden Teilen sieht der Verfasser darin, daß die Frage nach der Kaufkraft kapitalistischer Währungen nur im Rahmen der Marx-schen Reproduktionstheorie beantwortet werden kann. Diese mit der Theorie

der Wirtschaftskrisen, speziell der Überproduktionstheorie zu verbinden, soll gleichzeitig eine Weiterführung marxistischer Überlegungen sein.

Der Autor möchte mit seiner Darstellung Kritik an *Keynes* üben und marxistische neben *Keynes*'sche Wirtschaftslehre stellen. Sein Verharren in Begriffen der Wertlehre, die langen Ausführungen über den Wert einer Papierwährung, lassen jedoch kaum Raum für eine echte Auseinandersetzung mit *Keynes*'scher oder postkeynes'scher Theorie — als herausragende Werke westlicher Konjunktur- und Wachstumstheorie werden z. B. lediglich die Bücher von *Hansen*, *Harrod* und *Domar* aus den 1940er Jahren erwähnt. Vor allem fehlt eine klare Zusammenfassung und Gegenüberstellung dessen, was der Autor an der Weiterentwicklung marxistischer Theorie oder an Widerlegung *Keynes*'scher Folgerungen herausgearbeitet hat. Die weitausholende, oft mühevolle Darstellung erleichtert nicht das Verständnis; dies mag teilweise auch an der nicht immer glücklichen englischen Übersetzung von László Lukács liegen. Das mit dem „Thaler“ als Währungseinheit gearbeitet wird, mag in Anlehnung an *Marx* und seine Zeit hingehen, die Währung Deutschlands heißt heute jedoch nicht mehr „Reichsmark“ (S. 123). Immerhin gibt das Buch einen guten Einblick in die wissenschaftliche Arbeit der ungarischen Nationalökonomie, so daß ihm eine weitere Verbreitung zu wünschen wäre.

Harald Winkel, Aachen

Erich Ganderberger: Die Konzentration im Bereich der deutschen Konsumgenossenschaften nach dem zweiten Weltkrieg. Prozesse der Unternehmens-, Betriebs- und Verfügungsmachtkonzentration. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 161 S.

Das Thema der Veröffentlichung interessiert sicherlich, generell im genossenschaftswissenschaftlichen Bereich wie in der genossenschaftlichen Praxis, speziell konsumgenossenschaftlicher Art. Doch dürfen die Hoffnungen, in den Ausführungen neue Erkenntnisse oder Einsichten zu finden, nicht hochgestellt werden.

Denn im wesentlichen begnügt sich der Autor damit, die in einschlägigen Spezialuntersuchungen erarbeiteten Ergebnisse zusammenzustellen sowie die aus konsumgenossenschaftlichen Quellen und sonstigen Unterlagen stammenden statistischen Angaben übersichtlich darzubieten. Nur in dieser Form handelt es sich um eine „empirische Untersuchung wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse“ (S. 12), nicht aber um eine solche, für die moderne Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung angewandt worden sind, worauf der Verfasser gelegentlich selbst aufmerksam macht (vgl. z. B. S. 130). Aber auch eine eigene Erörterung der sich aus dem gesammelten Material anbietenden Probleme hat der Verfasser fast durchgehend unterlassen.

Für die Bestimmung des Begriffes „Konzentration“ wird die Definition von *H. Arndt* und *G. Ollenburg* herangezogen (vgl. S. 16). Um den Unterschied zur „erwerbswirtschaftlichen Konzentration“ deutlich zu machen, bezeichnet der Verfasser die konsumgenossenschaftliche Konzentration nach *W. Engelhardt* als „Konzentrationsform sui generis“ (S. 21 u. S. 146). Auch bei der späteren Unterscheidung nach absoluter und relativer „Unternehmenskonzentration“ (S. 52) bzw. „Betriebskonzentration“ (S. 94 f.) übernimmt der Verfasser überkommene Einteilungen.

Noch deutlicher wird das Verfahren des Verfassers in seiner „Analyse“ der „Strukturwandelungen im deutschen Lebensmitteleinzelhandel nach 1950“ (S. 22 ff.). Relativ eingehend wird die Entwicklung neuer Vertriebsformen nachgewiesen, zu der parallel „ein Wandel der Größenstruktur der Unternehmens- und Betriebseinheiten“ (S. 29) verlaufen ist. Die veränderten Konkurrenzverhältnisse kennzeichnet der Verfasser an Hand entsprechender Forschungsergebnisse letztlich als Gruppenwettbewerb (vgl. S. 35).

Die Grundzüge der Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaften sind knapp gehalten (vgl. S. 36 ff.). Kriterien sind vor allem die Zahl der Genossenschaften sowie der Mitglieder, die Veränderung des Ladennetzes und insbesondere die Zuwachsraten des Umsatzes, auch im Vergleich zum Einzelhandel und zu verschiedenen Unternehmenstypen. Es wird festgestellt, daß die konsumgenossenschaftlichen Umsätze zwar absolut ständig gestiegen, aber in den letzten Jahren hinter dem Branchendurchschnitt zurückgeblieben seien (vgl. auch S. 146/47). Insofern versucht der Verfasser verständlich zu machen, welche Bedeutung der 1964 eingesetzten Reformkommission zukommt, deren Aufgabe es war, Vorschläge für eine bessere Wirtschaftlichkeit der konsumgenossenschaftlichen Gesamtorganisation zu erarbeiten (vgl. S. 45). 1967 führten diese Vorschläge zur Gründung des „Bund deutscher Konsumgenossenschaften GmbH“ (vgl. dazu S. 46 ff.), zweifellos die „tiefgreifendste und bedeutendste Reformmaßnahme“ (S. 37) im konsumgenossenschaftlichen Bereich.

Abgesehen von einigen Ansätzen der Erörterung entsprechender Probleme (z. B. „Zur Messung der Unternehmenskonzentration“, S. 54 ff.) kommt der Verfasser über zahlreiche statistische Angaben sowie die von ihm gewählten Größenmaßstäbe, teilweise eingebettet in umständliche Ausführungen, zu der Feststellung, daß eine Unternehmenskonzentration stattgefunden habe (vgl. S. 69). Die Betrachtungen über die zu erwartende zukünftige Entwicklung werden in enger Anlehnung vor allem an Veröffentlichungen des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften wiedergegeben (vgl. S. 70 ff.). Auch für die Abhandlungen über die Ziele der Konzentration, speziell des konsumgenossenschaftlichen Managements (vgl. S. 74 ff.), werden bekannte Ergebnisse herangezogen, ebenso in den Darlegungen über die Verschmelzung von Konsumgenossenschaften (vgl. S. 78 ff.) sowie über die optimale Genossenschaftsgröße (vgl. S. 83 ff.). Zum Verschmelzungsverfahren (vgl. S. 85 ff.) werden die gesetzlichen Bestimmungen aufgezählt. Bemerkenswert ist, daß der Verfasser als Haupthindernis der erforderlichen Unternehmenskonzentration „die Geschäftsführer der zu übernehmenden Konsumgenossenschaften“ (S. 88 sowie S. 148) ansieht.

Die Betriebskonzentration (vgl. S. 93 ff.) wird mit Hilfe von Angaben über die Veränderung der Anzahl und Größe der konsumgenossenschaftlichen Verkaufsstellen illustriert. Eine Parallele zur Unternehmenskonzentration besteht durchaus. Die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung entspricht den Auffassungen und Absichten des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften.

Auf diesen Grundlagen werden die betriebswirtschaftlichen und sozio-kulturellen Gründe der Betriebskonzentration (vgl. S. 108 ff.) angeführt. Als zentrales Problem der Betriebskonzentration wird zutreffend „die Finanzierung des Umstrukturierungsprozesses“ (S. 116 ff.) gesehen. Als Lösung plädiert der Verfasser für eine Änderung der genossenschaftlichen Rechtsform („Volksaktiengesellschaft“), wie sie allgemein erörtert wird. Er verweist aber auch auf die neugegründeten Finanzierungseinrichtungen (der CO-OP-Gruppe).

Abrundend geht es um Personal- und Standortprobleme. Das Nichtmitgliedergeschäft wird „als Voraussetzung zur Kapazitätsauslastung“ (S. 127 f.) kurz angesprochen.

Schließlich befaßt sich der Verfasser mit dem Bereich „Konsumgenossenschaften und Verfügungsmachtkonzentration“ (S. 130 ff.). Die „Verlagerung von Kompetenzen und Funktionen von den Mitgliedern auf den Vorstand der Einzelgenossenschaften und auf die Verbundspitze“ (S. 148) wird deutlich gesehen. Trotz dieser Entwicklung sei der Aufbau des konsumgenossenschaftlichen Sektors auch weiterhin als demokratisch zu bezeichnen (vgl. ebd.). Eine Abschwächung der Mitbestimmungsdemokratie früherer Epochen sei „wohl unumgänglich“ (S. 145). Dabei beläßt es der Verfasser, obwohl mit diesem sicherlich wirtschaftlich wie sozial bedingten Vorgang auch problematische Erscheinungen aufkommen, die in einer kritischen Analyse besonders deutlich hätten markiert werden müssen.

Die Arbeit hat ihren spezifischen Wert, der vor allem in ihrer berichtenden Art liegt, wobei die klare Gliederung und die übersichtliche Darstellung des Materials gefällt. Die „Schlußbemerkungen“ (S. 146 ff.) informieren schnell über den wesentlichen Inhalt der Schrift.

Hans Georg Schachtschabel, Mannheim

Willy Geiger, Ernst Höhn, Francesco Kneschaurek, Alfred Meier und Alfred Nydegger (Hrsg.): Der wirtschaftende Staat. Theorie und Praxis. Festschrift zum 70. Geburtstag von Theo Keller. Bern und Stuttgart 1971. Paul Haupt. 335 S.

Die Volkswirtschaftliche Abteilung der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und das Institut für Finanzwirtschaft und Finanzrecht an der Hochschule haben Theo Keller aus Anlaß seines 70. Geburtstages am 3. August 1971 die hier anzuzeigende Festgabe gewidmet. Sie ehren damit den seit nunmehr fast vier Jahrzehnten mit der St. Galler Hochschule aufs engste verbundenen Kollegen und einen der angesehensten Schweizer Nationalökonomen, der neben der Finanzwissenschaft, seinem bevorzugten Arbeitsgebiet, auch die Bereiche der Geld- und Kredittheorie und des Bankwesens sowie der Gewerbe-, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik — um nur die Schwerpunkte seines Wirkens zu nennen — in Forschung und Lehre vielfältig gefördert und als Mitglied zahlreicher Expertenkommissionen der Politik und Wirtschaft seines Landes mit Rat und Tat gedient hat.

Angesichts des weitgespannten Interessenkreises des Jubilars standen die Herausgeber bei der redaktionellen Gestaltung des Bandes vor keiner leichten Aufgabe. Sie entschieden sich für das Generalthema der ökonomischen Staatstätigkeit, das Keller von jeher besonders beschäftigt hat und das über die Erkundung der engeren finanzwirtschaftlichen Sachgesetzlichkeiten und Entscheidungskriterien hinaus sein Verständnis von politischer und wirtschaftlicher Demokratie am deutlichsten widerspiegelt. Vereint mit namhaften Fachkollegen aus dem deutschsprachigen Raum haben sie ein gehaltvolles Sammelwerk zustande gebracht, das in allen seinen Teilen an der vielgefächerten Thematik ausgerichtet bleibt und zahlreiche Bezüge zu den Leistungen des Adressaten herstellt.

Das Buch ist in fünf Abschnitte gegliedert, die das Leitthema zunächst mit allgemeineren Erörterungen aufnehmen und es sodann auf gesonderte Durchblicke und benachbarte Fragestellungen hin variieren. Nach einer von *Francesco Kneschaurek* verfaßten subtilen Würdigung von *Kellers* Lebenswerk, die gleichermaßen ins Persönliche hineinzielt, umschließt der erste Abschnitt „Privater und öffentlicher Sektor: theoretische Aspekte“ die Abhandlungen „Über die Rolle des öffentlichen Sektors in der Gesamtwirtschaft“ (*Egon Tuchtfeldt*), „Die öffentliche Hand als Produzent“ (*Willi Albers*), „Zur staatlichen Regulierung und Planung von Freizeit-Einrichtungen: Theoretische Anmerkungen“ (*Clemens August Andreae* und *Alexander van der Bellen*) sowie „Bemerkungen zur neueren Diskussion der Meritorischen Güter“ (*Wilhelm Weber*). Der zweite Abschnitt „Privater und öffentlicher Sektor: praktische Probleme“ enthält die Artikel „Die Submission der öffentlichen Hand im Kraftfeld wieder stärker betonter ökonomischer Erfordernisse“ (*Alfred Gutersohn*), „Probleme des öffentlichen Aktivkredits in Österreich“ (*Christian Smekal*), „Die Finanzierung öffentlicher Unternehmungen“ (*Claude Kaspar*) und „Der militärisch-industrielle Komplex in den USA“ (*Hans Schmid*), und den dritten Abschnitt „Probleme der Besteuerung“ bilden die Aufsätze „Steuerrechtswissenschaft und finanzwissenschaftliche Steuerlehre“ (*Ernst Höhn* und *Alfred Meier*), „Zur Problematik von Steuerreformen in unserer Zeit“ (*Fritz Neumark*), „Die Kluft zwischen Steuernorm und Steuerwirklichkeit“ (*Günther Schmölders*), „Reform der Einkommensteuer“ (*Horst Claus Recktenwald*) und „Die Einkommensbesteuerung in der Freizeitgesellschaft“ (*Emil Küng*). Der vierte Abschnitt „Konjunktur-, wachstums- und verteilungspolitische Aspekte“ umfaßt die Artikel „Bestimmungsfaktoren des regionalen wirtschaftlichen Wachstums“ (*Alfred Nydegger*), „Wirkungen von Finanzausgleichsregelungen auf Wirtschaftswachstum und Konjunktur“ (*Günter Hedtkamp*) sowie „Förderung der Geldvermögensbildung“ (*Otto Pfleiderer*), und im fünften Abschnitt „Schweizerische Finanzpolitik“ finden sich die Beiträge „Bundshaushalt und Konjunkturpolitik“ (*Max Weber*), „Grundsatzfragen einer föderalistischen Steuerordnung“ (*Hans Letsch*) und „Probleme der Finanzprognose“ (*Walter Adolf Jöhr* und *Ernst Buschor*). Im Anhang sind *Kellers* Publikationen seit 1926 verzeichnet.

Alles in allem vermag diese zu einem echten Symposion geratene Festschrift den zu Ehrenden in dem Bewußtsein zu bestärken, nicht nur mit dem Ertrag seiner eigenen Arbeit, sondern auch kraft seines wissenschaftlichen und menschlichen Vorbildes durch die Schar seiner Schüler und Freunde fortzuwirken.

Antonio Montaner, Mainz

Karl Heinz Kaufmann: Arbeitsmarkt und Wettbewerbspolitik. Eine Studie über die Wettbewerbspraktiken auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Bern, Stuttgart 1971. Paul Haupt. 252 S.

Im ersten Teil seiner Untersuchung referiert der Verfasser im wesentlichen bekannte Ergebnisse der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsmarktforschung. Anhand der einschlägigen Literatur werden die Besonderheiten des Arbeitsangebotes und der Arbeitsnachfrage und ihre strukturellen Veränderungen durch das Wirken von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden dargestellt. Anschließend wird eine recht informative Übersicht über die pluralistische Entwicklung der schweizerischen Gewerkschaften gegeben. Auch die Struktur der

hauptsächlichen Gewerkschaftsbünde wird handbuchartig skizziert, ohne jedoch hierbei auf die Probleme gewerkschaftlicher Organisation im einzelnen einzugehen. Hingegen wird am Beispiel des schweizerischen Buchdruckgewerbes gezeigt, wie sich gewerkschaftliche Wettbewerbspolitik an einem fachlichen Teilmarkt im Rahmen einer ausgebauten Berufsordnung auswirkt, an der die Gewerkschaften partnerschaftlich mitarbeiten.

Diese Tendenz zum Aufbau einer Marktordnung, die zugleich eine Sozialordnung ist, zeigt sich auch in den Auswirkungen anderer schweizerischer Gesamtarbeitsverträge. Die Analyse ihres wettbewerbspolitisch relevanten Inhalts bildet den dritten Hauptteil des Buches. Hierbei handelt es sich um eine sehr materialreiche Analyse bestehender Regelungen, die einen konkreten Einblick in die tarifpolitische Praxis gestattet. Interessant ist auch die Analyse von Bestimmungen der Generalarbeitsverträge, die sich auf die Struktur der Gütermärkte auswirken. Hier kann der Verfasser auf eine Reihe von Fällen verweisen, in denen die Gewerkschaft Arbeitgeberinteressen stützt.

Nach einem Exkurs über analoge Wettbewerbspraktiken in einigen ausländischen Staaten, der sehr knapp gehalten ist, wird im Schlußkapitel die rechtliche Behandlung gesamtarbeitsvertraglicher Wettbewerbspraktiken in der Schweiz diskutiert. Der Verfasser bekennt sich zu der Idee, die Verantwortung der einzelnen Marktpartner für das Gesamtwohl müsse zum eigentlichen Ordnungsprinzip werden. Hinter dieser Auffassung steht die Anerkennung des Gegengewichtsprinzips von *Galbraith*, das der Verfasser auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt „zu einem guten Teil realisiert“ sieht.

Kritisch wäre zu dieser theoretisch zwar wenig ertragreichen, im Hinblick auf die schweizerischen Verhältnisse jedoch sehr informativen Studie anzumerken, daß das Arbeitsmarktgeschehen zu stark aus verbandspolitischer Sicht betrachtet wird. So werden z. B. Strukturwandlungen nicht zur Kenntnis genommen, die zu einer teilweisen Ausschaltung des Arbeitsmarkts geführt haben, insbesondere in den Großunternehmen mit internem Arbeitskräfteaustausch. Wenn der Verfasser von zunehmender Mobilität und erhöhter Markttransparenz der Arbeitnehmer spricht (S. 328), so ist demgegenüber auf neue Formen der Abhängigkeit durch Aufspaltung der Berufsinhalte in Spezialfunktionen im Rahmen betriebsgebundener Arbeitssysteme und auf die in unterschiedlichen Tariflöhnen längst nicht mehr transparent werdende subtile Differenzierung des Leistungsentgelts zu verweisen. Erst eine eingehende Strukturanalyse des tatsächlichen Arbeitsmarktgeschehens könnte Kriterien für die Reichweite verbandspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten, gerade auch im Verlauf einer Hochkonjunktur, bieten.

Friedrich Fürstenberg, Linz

Chuk Kyo Kim: Wirtschaftswachstum und Kapitalkoeffizient. Eine strukturtheoretische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des japanischen Wachstumsprozesses von 1905 - 1965. Düsseldorf 1971. Bertelsmann Universitätsverlag. 168 S.

Als originellen Beitrag enthält das vorliegende Buch eine Studie des Einflusses von Strukturverschiebungen auf die Höhe des Kapitalkoeffizienten in Japan. Der Verfasser beginnt im ersten Teil des Buches mit einer Darstellung der Rolle des Kapitalkoeffizienten in der postkeynesianischen und der neuklassischen Wachstumstheorie. Dabei werden die grundlegenden definitorii-

schen Beziehungen zwischen dem Kapitalkoeffizienten, der Lohnquote, dem Zinssatz und der Wachstumsrate sowie verschiedener Typen des technischen Fortschrittes abgehandelt. Im zweiten Teil wird gezeigt, wie der globale Kapitalkoeffizient als Resultante der unterschiedlichen Entwicklungen unterworfenen Kapitalkoeffizienten der verschiedenen Wirtschaftssektoren dargestellt werden kann. Im Anschluß an die *Fisher-Clark-Fourastié*-These von der relativen Verschiebung der Gewichte von primärem, sekundärem und tertiärem Sektor wird die empirische Feststellung getroffen, daß nach der für die Entwicklung von Industriewirtschaften typischen sektoralen Verschiebung eine Stabilisierung der Anteile der Sektoren zu beobachten ist. Daraus ergibt sich der Schluß, daß der globale Kapitalkoeffizient auf Grund von Strukturänderungen nur in bestimmten Entwicklungsstadien Änderungen unterworfen ist, sich aber schließlich stabilisiert. Diese These wird im dritten Teil anhand der Daten für die japanische Entwicklung von 1880 - 1965 bestätigt. Der Kapitalkoeffizient durchläuft in dieser Zeit einen sinkenden Trend, der aber ausschließlich auf den abnehmenden Teil der Wohnungen am gesamtwirtschaftlichen Kapitalkoeffizienten zurückzuführen ist. Bei einer Analyse der Bereichskoeffizienten zeigt sich, daß der technische Fortschritt sich zuerst in der Landwirtschaft, sodann in der verarbeitenden Industrie und schließlich im Transportwesen, in der öffentlichen Versorgungswirtschaft und im Dienstleistungsbereich durch Änderungen des Kapitalkoeffizienten bemerkbar macht. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland und den USA ist in dieser Zeitspanne eine parallele Entwicklung von Lohnquote und globalem Kapitalkoeffizienten zu beobachten. Der Verfasser läßt dabei die dann notwendige Schwankung des Zinssatzes ohne Kommentar.

Im ganzen handelt es sich um eine recht informative Arbeit. In der Analyse wird jedoch nur ein einseitiger Zusammenhang behandelt. Es werden bestimmte Strukturverschiebungen und Fortschrittstypen vorausgesetzt, um daraus dann die Höhe und die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten zu erklären. Die in anderen Richtungen verlaufenden Zusammenhänge zwischen Fortschritt, Strukturwandel und Kapitalkoeffizient werden nicht untersucht, was bei dem gegenwärtigen Stand der theoretischen Diskussion wohl auch nicht möglich ist.

Manfred Neumann, Erlangen-Nürnberg

Jörn Konke: Die institutionelle Koordination von Geld- und Finanzpolitik in Großbritannien. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 155 S.

Ziel dieser Arbeit ist es, „den in Großbritannien gewählten Weg der institutionellen Koordination von Geld- und Finanzpolitik auf seine Wirkungsweise, seine Erfolge und seine Zweckmäßigkeit zu untersuchen“ (S. 11). Der Ausgangspunkt Konkes ist die strittige These, daß die in England gewählte Form der institutionellen Koordination der „Monetary-Fiscal Policy“, die durch eine weitgehende Unterordnung der Bank von England unter das Schatzamt gekennzeichnet ist, dazu beiträgt, mögliche „Ziel- und Mittelkonflikte verhältnismäßig reibungslos zu bewältigen und die Zweigleisigkeit bei der Instrumente zu vermeiden“ (S. 10). Um die Funktionsfähigkeit der institutionellen Abstimmung von Geld- und Finanzpolitik aufzuzeigen, führt der Verfasser eine gründliche, beschreibende Analyse der geld- und finanzpolitischen Willensbildung durch. Zu diesem Zweck werden nach einer knappen theoretischen Klärung des Koordinationsproblems und einer Wiedergabe der mit

dem Einsatz der Geld- und Finanzpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen Struktur und Ablauf dieses Willensbildungsprozesses in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt. Die sehr flüssig geschriebenen Ausführungen über die Träger der englischen Geld- und Finanzpolitik (Regierung, Parlament, Schatzamt, Bank von England und das Bankensystem), über den Einfluß des Schatzamtes auf den Einsatz geldpolitischer und den Einfluß der Bank von England auf den Einsatz finanzpolitischer Mittel (3. - 5. Kapitel) sind sehr informativ und belegen die dominierende Stellung des „Treasury“ im Prozeß der geld- und finanzpolitischen Willensbildung (6. Kapitel). In diesem Kapitel wird u. a. belegt, daß die in England gewählte Koordinationsform konfliktfreie Lösungen auch nicht garantiert. Das letzte Kapitel (Die Stellung der Bank von England: Alternativen zwischen Unabhängigkeit und Verstaatlichung), in dem der Autor sich für eine englische Zentralbank „mit mehr Bewegungsspielraum“ einsetzt, ist in besonderem Maße geeignet, dem Leser Anregungen zu geben für die in der BRD andauernde und neuerdings wieder aktuelle Diskussion um das Ausmaß der Konzentration wirtschaftspolitischer Kompetenzen.

Klaus-Dirk Henke, Marburg

Heinrich Mäding: Fondsfinanzierte Berufsausbildung. Zur Begründung und Beurteilung einer Reform der beruflichen Erstausbildung auf betrieblicher Ebene in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1971. Ernst Klett. 222 S.

Diese Studie entstand im Auftrag der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats und knüpft an die vom früheren Unterausschuß „Schule und Arbeitswelt“ erarbeiteten und mit den interessierten Verbänden diskutierten Reformvorschläge zur Finanzierung der betrieblichen Ausbildung an. Die Lehrlingsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland, heute mehr und mehr einer allgemeinen Reformdiskussion unterworfen, zeigt bereits in ihrer historischen Entwicklung eine verhältnismäßig starke Dominanz unternehmerischen Kalküls bei der Gestaltung dieses Bildungswegs. Dies zeigt sich auch noch in den aktuellen Verhältnissen des sog. „dualen Systems“, der teilweise betrieblichen, teilweise berufsschulmäßigen Ausbildung der Lehrlinge, so daß von diesem Bereich der Ausbildung als von einer „Enklave wirtschaftlicher Selbstverwaltung im breiten Spektrum staatlicher Aktivität“ (S. 19) gesprochen werden kann. Daß die Lehrlingsausbildung offensichtlich im Konflikt zwischen einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen steht, wird für Mäding Ausgangspunkt seiner theoretischen Überlegungen für die Entwicklung von Lösungsvorschlägen zur überbetrieblichen Finanzierung des betrieblichen Teils der Berufsausbildung. Aufgrund einer Zuordnung der Bildungspolitik zu gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen werden Kriterien gesucht, anhand derer die bestehende Situation wie die modellmäßig aufgezeigten Alternativen der betrieblichen Berufsausbildung beurteilt werden können.

Gründe für eine Reform der Finanzierung der betrieblichen Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich in den durch die marktwirtschaftliche Finanzierungsweise verursachten Mängeln des bestehenden Ausbildungssystems finden, welche vor allem in geringerer Qualität der Ausbildung, Konjunkturabhängigkeit der Ausbildungsaufwendungen und beruflicher Fehlstrukturierung, die Probleme des Berufswechsels nach sich zieht, Bedeutung erlangen. Die Einrichtung eines Ausbildungsfonds als mögliche überbetriebliche Finanzierungsweise der Lehrlingsausbildung könnte dem-

gegenüber als systemkonformes Instrument zur Vermeidung dieser Mängelercheinungen bisheriger Ausbildungsfinanzierung beitragen. Kriterien, nach denen eine Bemessungsgrundlage für die einzelbetrieblichen Aufwendungen der Fondsmittel gefunden werden kann, und solche, nach denen sich die Vergabe dieser Fondsmittel vornehmen lässt, werden deshalb ebenso wie die Frage nach der geeigneten Organisationsform des Ausbildungsfonds im folgenden eingehend diskutiert. Schließlich werden für verschiedene Modelle fondsfinanzierter Ausbildung durch numerische Schätzung die Auswirkungen eines Ausbildungsfonds auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene in der Bundesrepublik Deutschland zu ermitteln versucht. Wie man sich auch immer zu diesen Ergebnissen stellen mag, die vorliegende Arbeit leistet vor allem durch ihre theoretische Ausführlichkeit einen wesentlichen Beitrag zu einem von der bildungökonomischen Forschung bislang relativ vernachlässigten Bereich der Ausbildung.

Peter R. Straumann, Marburg/Regensburg

Ursula Martin: Die volkswirtschaftliche Bedeutung und rechtliche Zulässigkeit von Verkaufssyndikaten. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 158 S.

Ausgehend von der These: „Syndikate kollidieren (aber) nicht nur mit der freiheitlichen Zielsetzung des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Anm. d. V.), sondern widersprechen auch der wirtschaftspolitischen Forderung nach möglichst großer ökonomischer Effizienz einer Volkswirtschaft“ (S. 10), untersucht und analysiert *Martin* die ökonomischen Folgen von Syndikaten und die Spruchpraxis des Bundeskartellamtes und der Gerichte und versucht, den Nachweis der Richtigkeit dieser Eingangsthese zu erbringen.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Dieser Versuch muß als geglückt betrachtet werden. Die Schrift atmet den Geist einer konsequenten Wettbewerbspolitik. Sie geht teilweise hart mit dem Gesetzgeber ins Gericht, der es bedauerlicherweise versäumt habe, seine ordnungspolitischen Absichten konsequent durchzusetzen. Insofern sei das in § 1 GWB ausgesprochene Kartellverbot durch weitgehende Ausnahmen ausgehöhlt. Verkaufssyndikate, die zu den am straffsten organisierten Kartellen gehörten, führten zu einer „besonders weitgehenden Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit der betroffenen Marktteilnehmer“ (S. 10).

Nach einer knappen, aber klaren Darstellung der in der Wettbewerbstheorie versuchten Definitionen des Begriffs Wettbewerb wendet sich *Martin* der Frage des Wettbewerbsbegriffes im GWB zu. Sie gelangt — nach Ansicht des Rezessenten — zu dem zutreffenden Ergebnis, aus dem GWB lasse sich kein bestimmter Wettbewerbsbegriff ableiten. In keinem Falle jedoch liegen diesem Gesetz der Leitgedanke der vollkommenen Konkurrenz zugrunde, wenn auch der Einfluß der Freiburger Schule nicht zu leugnen sei. Vielmehr sei die dynamische Wettbewerbstheorie, wie sie in der Bundesrepublik etwa von *Hoppmann* vertreten werde, am überzeugendsten wiederzufinden. Dieser Ansatz, der Wettbewerb als dynamischen Marktprozeß betrachtet und lediglich negativ abgrenzt, was Wettbewerb nicht ist, sei auf alle Marktformen anwendbar und auch am justitiabelsten.

Martin bedauert, daß juristische Begriffsdefinitionen vor allem auf dem workable-competition-Konzept aufbauen, wie es beispielsweise in Deutschland *Kantzenbach* vertrete. Im Gegensatz zur dynamischen Wettbewerbstheorie

versuche man, Wettbewerb positiv zu formulieren und Bedingungskonstellationen zu bilden, bei deren Eintreten man annehme, daß der Wettbewerb am intensivsten sei. Ansätze dieser Fehlentwicklung seien bereits in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes erkennbar, aber auch in der offiziellen Wirtschaftspolitik, wo man überlege, Bagatellkartelle vom Kartellverbot des § 1 GWB noch stärker freizustellen.

Obwohl Wettbewerbsbegriff und Zielsetzungen des GWB eng zusammenhängen, hält *Martin* die Diskussion, ob das GWB mehr dem Schutz der Institution Wettbewerb diene oder mehr dem Individualschutz, für fragwürdig, denn: „Schutz des Wettbewerbs und individuelle wirtschaftliche Handlungsfreiheit sind nicht voneinander zu trennen“ (S. 26). Das Gesetz verfolge daher beide Zielsetzungen, wobei der Individualschutz wohl überwiege. Jedoch sei wegen der erheblichen Ausnahmen vom Kartellverbot und der unzureichenden Regelungen über marktbeherrschende Unternehmen „die im Grundgesetz für den staatlichen Bereich statuierte Bindung und Beschränkung der Macht für den Bereich privater wirtschaftlicher Macht durch das GWB nicht konsequent vollzogen“ (S. 28).

Im dritten Teil der Arbeit folgt der Beschreibung typischer Syndikatsformen eine kritische Auseinandersetzung mit den Befürwortern von Syndikaten und eine gründliche, konsequente und überzeugende Begründung und Beweisführung der negativen Auswirkungen derartiger Kartelle. So wird nachgewiesen, daß einerseits der Individualschutz durch Einschränkung der wettbewerbsrelevanten Handlungsfreiheit der Kartellbeteiligten und der wirtschaftlichen Freiheit Dritter und daß andererseits der Institutionenschutz durch die schädlichen ökonomischen Folgen dieser Freiheitsbeschränkungen verletzt werde. Je vollständiger und umfassender die Syndizierung im Hinblick auf die Zahl der Kartellmitglieder und die marktstrategischen Variablen sei, desto schärfer werde die Einschränkung an Freiheitsrechten und desto gravierender seien deshalb die Wettbewerbsbeschränkung und die damit verbundenen wirtschaftlichen Schäden. Diese bestünden typischerweise in höheren Preisen, der Beeinträchtigung des Preis- und Marktmechanismus, der Einkommensverschiebung zugunsten der Kartellbeteiligten, der Gefährdung des technisch und wirtschaftlich möglichen Fortschritts, in der Verursachung eines überhöhten Kostenniveaus, in rationalisierungshemmenden Tendenzen, der Fehlleitung von Produktionsfaktoren u. a.

Im abschließenden vierten Teil untersucht *Martin* die Voraussetzungen für die Legalisierung von Verkaufssyndikaten nach § 5 GWB durch das Bundeskartellamt sowie dessen und der Gerichte Spruchpraxis. Dieser Teil zeichnet sich durch die Klarheit der Analyse aus, die auf umfassender und sorgfältiger Berücksichtigung der entschieden Einzelfälle aufbaut.

Zusammenfassend sieht *Martin* ihre Arbeitshypothese bestätigt. Die Ausnahmeregelung für höherstufige Rationalisierungskartelle sei nicht nur nicht mit der Zielsetzung des GWB, sondern auch nicht mit der geschriebenen Verfassung eines freiheitlich demokratischen Staates zu vereinbaren, denn gesamtwirtschaftlich positive Zusammenhänge zwischen Syndizierung und Rationalisierung seien trotz ständiger Behauptungen wissenschaftlich nicht zu beweisen. Objektive Kriterien für die Trennung volkswirtschaftlich erwünschter und unerwünschter Kartelle existieren nicht. Die Folge sei ein Konglomerat unbestimmter Rechtsbegriffe in § 5 GWB und eine unbefriedigende Auslegung dieser Begriffe durch das Bundeskartellamt gewesen.

Jörg Schlegel, Berlin

Herbert Matis: Österreichs Wirtschaft 1848 - 1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 490 S.

Wenn auch bereits viel Literatur über die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft Österreichs von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkriege herausgebracht wurde, so erweist sich das vorliegende Buch doch als außerordentliche Bereicherung. Der Verfasser hat nicht nur, wie er beabsichtigte, „Vorarbeit“ geleistet; denn seine Untersuchung führt über lokal- bzw. landesgeschichtliche Arbeiten zu einer Gesamtschau, die bei den großen wirtschaftlichen Entwicklungsunterschieden und den unausgewogenen Strukturen der einzelnen Kronländer nicht leicht gewonnen werden kann.

Die Darstellung unterscheidet sich jedenfalls deutlich z. B. von der wenig kritischen *H. Benedikts* („Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz-Josephs-Zeit“, 1958) und von der „Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs“ *F. Tremels* (1969), die nur die Gebiete der heutigen Republik (einschließlich Südtirols) berücksichtigt und u. a. einzelne Unternehmen herausstellt. Entscheidend ist, daß *Matis* die fast sieben Jahrzehnte, die er untersucht, nicht in der herkömmlichen Weise nach einschneidenden politischen Ereignissen periodisiert. Vielmehr geht er dem Konjunkturverlauf nach. Er ermittelt „einzelne Trendperioden wirtschaftlichen Wachstums“ und läßt dabei „die Zusammenhänge von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Ideen in ihren funktionalen und kausalen Interdependenzen“ erkennen (S. 19).

Nach der Behandlung der Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Fortschritt im Zeitalter des konservativen und zentralistischen Neoabsolutismus, eines Vorkämpfers des ökonomischen Fortschrittes, kommt *Matis* zu einer Gliederung, die zunächst die Jahre bis 1866 zusammenfaßt, d. h. den Aufschwung bis 1857/58 und die Stagnation mit den Folgen der Niederlage bei Königgrätz sowie dem Ausgleichsgesetz mit Ungarn von 1867. Es folgen „Gründerzeit und Hochkapitalismus“, die im Jahre der Wiener Weltausstellung mit dem Schwarzen Freitag, dem 9. 5. 1873, enden, mit der plötzlichen Entwertung der Effekten, mit empfindlichsten Kursverlusten und unzähligen Insolvenzen, mit Ereignissen, für die sich die aus einer Prager Zeitschrift übernommene Bezeichnung „Großer Krach“, „big crash“ und „la grande craque“ einbürgerte. Die „Große Depression“, die mehr als zwanzig Jahre andauerte, konnte u. a. dadurch überwunden werden, daß der Staat das Wirtschaftsleben zunehmend beeinflußte, daß der Liberalismus abgebaut wurde und daß man zur Schutzzollpolitik zurückkehrte. Auch die neuen sozialpolitischen Anschauungen veranlaßten entsprechende Maßnahmen. Schließlich setzt *Matis* von 1896 ab eine „Spätgründerzeit“ an, die mit dem Ersten Weltkriege abbrach.

Einen breiten Raum nimmt in der Darstellung die Bankgeschichte ein, die doch „zu einem Gutteil“ die österreichische Wirtschaftsgeschichte überhaupt ausmacht (S. 165). Eingegangen wird nachdrücklich auch auf die für diesen Vielvölkerstaat wichtigen Fragen um Nationalität und Wirtschaft, zumal Österreich nicht zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenwuchs und unterschiedliche politische Forderungen oft genug unter wirtschaftlichem Druck zu erreichen versucht wurden. Eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob der „Industrialisierungsprozeß sich positiv oder negativ auf die Nationalprobleme ausgewirkt habe“ und zum Auseinanderbrechen der Monarchie beitrug, kann selbstverständlich nicht — oder noch nicht — erwartet werden (S. 413).

Matis hat seinem Text mehr als 50 Tabellen u. a. über Produktion und Verbrauch verschiedener Wirtschaftsgüter, über den Staatshaushalt und den Außenhandel, über die Steuern und Aktiengesellschaften eingefügt. Insgesamt ist festzustellen, daß sein Buch, dem auch ein Literaturverzeichnis und mehrere Register beigegeben sind, die Forschung ein wesentliches Stück weitergebracht hat.

Eberhard Schmieder, Berlin

Melton Alonza McLaurin: Paternalism and Protest, Southern Cotton Mill Workers and Organized Labor, 1875 - 1905. Westport, Conn. 1971. Greenwood Publ. Corp. 265 S.

McLaurin setzt sich mit den Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Baumwollindustrie des amerikanischen Südens während einer Zeit auseinander, in der die Baumwollindustrie gerade im Süden einen großen Aufschwung erfuhr. Die Industrie verlagerte sich zum Rohstoff; der Zuwachs an Fabriken im Süden übertraf zwischen 1860 und 1919 bei weitem den des Nordens.

Als Hauptproblem arbeitet McLaurin die Beziehungen zwischen den Baumwollspinnereiarbeitern und den Fabrikbesitzern bzw. dem Management heraus, wobei die Frage im Vordergrund steht, ob vor Beginn des 20. Jh. bemerkenswerte Ansätze zur Organisierung der Arbeiter vorhanden waren. Der Verfasser bejaht diese Frage in bewußtem Widerspruch zur herrschenden Meinung, die Organisationsbestrebungen und gewerkschaftliche Aktivitäten vor 1900 ignoriert habe: Die Ergebnisse des Hauptwerks zu diesem Problemkreis, „Textile Unionism and the South“ von George Sinclair Mitchell (1931) seien von den meisten Historikern übernommen worden, obwohl Mitchell, ohne detaillierte Studien unternommen zu haben, die Versuche der „Knights of Labor“, der ersten das ganze Land umfassenden gewerkschaftlichen Organisation, die Spinnereiarbeiter im Süden als eigene Gruppe zu organisieren, pauschal als gescheitert betrachte und eine Bedeutung der zweiten für den Süden interessanten gewerkschaftlichen Gruppe, der „National Union of Textile Workers“, erst um die Jahrhundertwende ansetze.

In beiden Ergebnissen, sowohl was den Zeitansatz betrifft als auch die Bedeutung dieser beiden Gewerkschaften für den Süden, sei er im Irrtum gewesen, was McLaurin u. a. darauf zurückführt, daß Mitchell vom Bild der Gewerkschaften der 1920er Jahre ausging und wie viele andere der These anhing, die vor allem von Unternehmerseite bis 1930 sorgfältig gepflegt wurde, daß es bis ins 20. Jh. keine wirklichen Versuche zur Organisierung der Arbeiter gegeben habe. McLaurin weist nach, daß es schon vor den Bemühungen der „Knights of Labor“ in Einzelfällen Streiks gegeben habe, die die Unzufriedenheit der Spinnereiarbeiter mit den Arbeitsbedingungen ausdrückten, und daß gerade die verstärkten Bemühungen von gewerkschaftlicher Seite erst den Widerstand der Fabrikbesitzer hervorrief. Die Waffen im Kampf gegen die Versuche der Arbeiter, sich zu organisieren, seien mit der Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Mittel immer schärfer geworden. Das zeigte die Androhung direkter Gewalt, wirtschaftlichen Druckes und das Hervorrufen rassistischer Antipathien bei den Arbeitern durch die Drohung, billigere schwarze Arbeiter einzustellen, als die „National Union of Textile Workers“ entstand und in den Jahren 1896 - 1905 mit besseren Voraussetzungen und fundierterem finanziellen Hintergrund (sie erhielt finanzielle Unterstützung von der 1886

entstandenen „American Federation of Labor“, die zeitweilig bis 80 % aller Organisierten umfaßte) erneut den Versuch unternahm, die Spinnereiarbeiter im Süden zu organisieren.

Diese Versuche, ihre anfänglichen Erfolge, ihre möglichen Fehler und ihr schließliches Scheitern seien bisher von der Wissenschaft ignoriert worden, es gelte sie zu untersuchen und die Ursachen für ihr Scheitern herauszuarbeiten.

Das Bild vom fügsamen und lenkbaren Arbeiter des Südens, geprägt von den Verkündern des „Neuen Südens“, den staatlichen Agenturen, Spinnereibesitzern und -direktoren, sei widerlegt durch den nachweisbaren Willen der Fabrikarbeiter, sich zu organisieren. Allerdings seien die Bemühungen der Arbeiter und der Gewerkschaften, die vorwiegend in städtischen Zentren mit weniger ausgeprägtem Besitzer-Patriarchat und größerem Anteil an ausgebildeten Arbeitern operierten, gescheitert an der Macht und Unnachgiebigkeit der ländlich-patriarchalischen Gesellschaft. Diese sei vor allem von den Erben der Pflanzer-Aristokratie geprägt worden, jener Generation, die mit Beginn der Industrialisierung die kleinen Farmer verdrängt hatte, welche nun als „arme Weiße“ aus den ländlichen Gebieten — bedingt durch den Niedergang der Landwirtschaft — abwanderten und das Arbeitspotential des Südens darstellten.

Erst die harten Mittel dieser machtvollen Fabrikbesitzer, welche die Verhältnisse des „Alten Südens“ auf den „Neuen Süden“ zu übertragen wußten und so alle Organisationsversuche und Streiks vereiteln konnten, habe die südlichen Fabrikarbeiter die Unterstützung der im Norden bald dominierenden Gewerkschaft „United Textile Workers of America“ gekostet. Darin sieht McLaurin den eigentlichen Grund für die Verzögerung des Zusammenschlusses der Spinnereiarbeiter im Süden bis zur Depression der 1930er Jahre.

Die Arbeit bietet über die eigentliche Fragestellung hinaus eine kritische Studie der Gesellschaft des amerikanischen Südens vor der Jahrhundertwende und wird fundiert durch reichhaltiges Zahlenmaterial und einen ausführlichen bibliographischen Anhang.

Immo Zapp, Aachen

OECD (Hrsg.): *Re-Entry of Women to the Labour Market after an Interruption in Employment*. Paris 1971. OECD. 135 S.

In der hier vorliegenden OECD-Studie wird der Versuch unternommen, die Problematik der Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben nach einer Periode, in der sie sich ausschließlich ihrer Familie widmeten, systematisch zu analysieren, wobei folgende Schwerpunkte behandelt werden: 1. Umfang der Nachfrage nach einer Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben, sowohl seitens der Frauen selbst als auch ihrer nationalen Volkswirtschaften, 2. Maßnahmen zur Erleichterung des Wiedereintritts in das Erwerbsleben, 3. Abstimmung der Ausbildungspläne auf die besonderen Bedürfnisse und Erfordernisse älterer Frauen, 4. Effizienz der getroffenen Maßnahmen, sowohl im Hinblick auf den wirtschaftlichen Beitrag der wiederbeschäftigen Frauen als auch im Hinblick auf die Zufriedenheit der Frauen selbst. Die an der Studie beteiligten Länder, in denen die genannten Problembereiche untersucht wurden, sind: Kanada, Dänemark, Frankreich, BRD, Italien, Niederlande, Schweden, England und die USA.

In einem allgemeinen Überblick zum ersten Problembereich wird festgestellt, daß in den westlichen Ländern das Heiratsalter der Frauen ständig sinkt, die Frauen ihr zuletzt geborenes Kind in immer jüngeren Jahren zur Welt bringen und sie daher etwa ab dem 35. bis 40. Lebensjahr bereits an einer Rückkehr ins Erwerbsleben interessiert sind. Von seiten des Arbeitsmarktes besteht zwar eine Nachfrage nach diesen weiblichen Arbeitskräften, jedoch ist dieser Arbeitsmarkt auf einige traditionell weibliche Berufszweige (Bekleidungs- und Textilberufe, Büroberufe, Gesundheits-, Lehr-, Kulturberufe) begrenzt.

Die Untersuchung bringt auch sehr deutlich zutage, welche Hindernisse dem Wiedereintritt von Frauen entgegenstehen, wobei besonders die ungenügende berufliche Qualifikation jener Frauen hervorgehoben wird, die 10 oder 20 Jahre nicht mehr im Berufsleben standen. Eine erneute berufliche Schulung dieser Frauen wird als äußerst wichtig angesehen, wobei neben der Bereitstellung finanzieller Mittel auch eine günstige Gestaltung der beruflichen Schulungskurse im Hinblick auf ihren zeitlichen Ablauf, den Inhalt sowie die spezifischen Lehrmethoden gefordert wird. Jene Maßnahmen, die auf verschiedenen Ebenen die Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben ermöglichen bzw. erleichtern sollen, werden differenziert nach den einzelnen Ländern ausführlich diskutiert.

Hervorzuheben wäre noch, daß für die an der Studie beteiligten Länder in tabellarischer Form ein guter Überblick über die jeweilige Beschäftigungslage der Frauen allgemein, über alle jene Maßnahmen, die eine Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben erleichtern sollen, sowie über die mit Fragen der Frauenerwerbstätigkeit befaßten Institutionen gegeben wird. Schließlich wird auch noch eine Nutzen-Kostenanalyse versucht, mit der der wirtschaftliche Erfolg einer Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben auf verschiedenen Ebenen — persönliche, betriebliche und gesellschaftliche Ebene — festgestellt werden soll.

Obwohl das für die anstehende Problematik verfügbare Datenmaterial teilweise noch lückenhaft ist, gibt diese Studie doch für alle jene, die mit Fragen der Frauenerwerbstätigkeit allgemein sowie speziell der Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben befaßt sind, interessante und brauchbare Hinweise, die auch als Grundlage politischer Entscheidungen dienen können.

Brunhilde Scheuringer, Linz

Volker H. Peemöller: Der Markt als Einflußfaktor der Unternehmensgröße. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 179 S.

Peemöller hat mit seiner Schrift ein Thema aufgegriffen, das in Deutschland schon lange einer tieferen Durchdringung harrt. Dabei hat der Verfasser die Absicht, den Unternehmensführungen Entscheidungshilfen zu geben und ein Verfahren herauszuarbeiten, das „einen Überblick über die Relationen zwischen den Markteinflüssen und der Unternehmensgröße“ gestattet und die Unternehmensführung in die Lage versetzt „die Unternehmensgröße auf die Marktgegebenheiten nach nationalen Gesichtspunkten abzustimmen“ (S. 161).

Dieser Versuch muß aus unterschiedlichen Gründen als gescheitert angesehen werden. Zwar erhält der Leser einen sehr ausführlichen Überblick über die möglichen Einflußfaktoren, ihre analytische Bewertung enthält jedoch zahlreiche Mängel. Dies beginnt bereits mit der Aufgabenstellung.

Peemöller verkennt, daß es kaum noch Märkte gibt, deren Faktoren sich nicht beeinflussen lassen. Insofern kann es typischerweise und realistischerweise nicht um eine Abstimmung der Unternehmungsgröße auf die von ihm erkannten Marktgegebenheiten gehen, sondern um eine wechselseitige Beeinflussung von Faktoren und Größen.

Dieser verfehlte Ansatz im analytischen Teil seiner Arbeit resultiert vor allem auf der geringen Durchdringung und Kenntnis der modernen Wettbewerbs- und speziell der Oligopoltheorie. Seine Arbeit bleibt stehen bei der in Deutschland in Lehrbüchern verbreiteten Marktformenlehre, die keinen Bezug zur Realität hat. Ausländische, vor allem die führende angelsächsische Literatur zum technischen Fortschritt, der Wettbewerbstheorie und der Organisationslehre wurde kaum verarbeitet. Ohne Kenntnis und Verarbeitung dieser Literatur muß eine realitätsbezogene Arbeit scheitern.

Der Rezensent muß mit Bedauern feststellen, daß hier eine Chance vertan wurde und der Verfasser sich offensichtlich nicht von seinem betriebswirtschaftlichen Standort lösen konnte, wo die auf der Empirie und der Theorie basierende volkswirtschaftliche Analyse unbedingt erforderlich gewesen wäre.

Jörg Schlegel, Berlin

Henri Pirenne: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im Mittelalter. München 1971. 2. Aufl. Francke Verlag. 257 S.

Dieses Werk erschien ursprünglich 1933 in der groß angelegten, von Gustave Glotz herausgegebenen „Histoire Générale“ (2. Abt., Bd. 8: La civilisation occidentale au moyen âge du XI^e au milieu du XV^e siècle, Paris 1933) unter dem Titel „Le mouvement économique et sociale“. Selten fand ein derartiger Beitrag in der internationalen Fachwelt eine so einmütige Anerkennung. Die souveräne Überschau des Stoffes, die Vielzahl neuer Gesichtspunkte und deren gleichermaßen sprachlich-elegante wie methodisch-übersichtliche Verknüpfung und Darstellung fanden uneingeschränktes Lob.

Trotzdem erschien dieser Beitrag erst dreizehn Jahre später — zugleich die erste deutsche Übersetzung — als selbständige Veröffentlichung (Bern 1946, Francke Verlag). Bald war dieses Werk vergriffen. Es folgten dann die selbständige französische Ausgabe (Histoire Économique et Sociale du Moyen Age. Hrsg. v. H. van Werveke. Paris 1963, 2. Aufl. 1969) und 1971 die lange erwartete 2. Auflage der deutschen Übersetzung.

Die Tatsache, daß dieses Geschichtswerk mittlerweile selbst schon seine eigene Geschichte aufweist, beweist die unverminderte Aktualität und Bedeutung dieses Buches. Gerade deshalb ist es zu begrüßen, daß die 2. Auflage in deutscher Sprache durch ihre handliche taschenbuchartige Ausstattung und ihren auch für Studenten erschwinglichen Preis einem breiten Leserkreis wieder zur Verfügung steht. Um so unverständlicher ist es, daß die überaus zahlreichen und zum Teil sinnentstellenden Übersetzungsfehler der Ausgabe von 1946 entgegen der ausdrücklichen Versicherung des Verlags (S. 235) nicht korrigiert wurden.

Reinhard Hildebrandt, Berlin

Friedrich Romig: Die ideologischen Elemente in der neoklassischen Theorie. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 68 S.

In seiner dem Freund und Lehrer Walter Heinrich gewidmeten Schrift unternimmt der Verfasser einen Generalangriff gegen die neoklassische Theorie. Dabei beschränkt er sich mit seiner Kritik im wesentlichen auf Paul A. Samuelsons „Volkswirtschaftslehre — Eine Einführung“, in der die neoklassische Theorie ihre „höchste Aufgipfelung“ erfahren habe, wobei er an gleicher Stelle die Qualität dieses Werkes vermerkt (S. 9).

Jede Theorie muß es sich gefallen lassen, in Frage gestellt zu werden. Ja, aus dem Zweifel und der Diskussion ergeben sich die fruchtbaren Ansätze für die Fortentwicklung unserer Disziplinen. In dieser Hinsicht war die Spann-Schule oft recht zurückhaltend und selbstgenügsam. Um so begrüßenswerter ist es, daß hiermit einer ihrer Vertreter sich wieder einmal kritisch äußert. Die Kritik ist allerdings massiv und macht vor nichts halt, was als herrschende Lehre gilt.

Das wird deutlich an den Kapitelüberschriften: Das Gesetz von Angebot und Nachfrage sei eine bloße Tautologie, die Nachfragekurve sei eine Fiktion; die Verbraucherrente sei eine ideologische Stütze der Marktwirtschaft, das Verbrauchergleichgewicht sei eine Leerformel; Angebotskurve und Grenzkosten seien keine Entscheidungskriterien, die übliche Erklärung der Faktorpreisbildung sei lediglich eine Rechtfertigung der Besitzverhältnisse usw.

Der Rezensent stimmt dem Verfasser im Grundtenor oft zu: Samuelsons Ausführungen strotzen von Euphorie über den Wettbewerbsmechanismus und seine Ästhetik (wenngleich er selbst vor der Verliebtheit in die Schönheit des Wettbewerbsmechanismus warnt!), Samuelsons Ausführungen drücken betonte Genugtuung darüber aus, daß Arbeitgeber nicht mehr auf Arbeitnehmer schießen lassen; trotz seiner Hinweise auf Umverteilungsmaßnahmen versagt es sich der Nobelpreisträger nicht, auf deren geringen Effekt — selbst wenn konsequent durchgeführt — hinzuweisen. Das unübersehbare Lob des Bestehenden und die durchschimmernde Zufriedenheit mit den gegebenen Zuständen wirken leicht restaurativ und konservierend auch für Zeiterscheinungen, die vielen als unbefriedigend erscheinen müssen. Hier u. a. hätte der Rezensent Kritik angesetzt, wenn Samuelsons (kapitalistische) ideologische Position gezeigt werden sollte, die ohnehin nur bedingt die aller Neoklassiker ist. Dazu wäre es überflüssig gewesen, gleich alle gedanklichen Hilfskonstruktionen der Theorie über Bord zu werfen. Wenn auch, was zuzugestehen ist, solche abstrahierenden Konstruktionen ihre Tücken haben und richtig verwendet werden sollten.

Allerdings bleibt die Frage, wie der Verfasser die herrschende Lehre sinnvoll ersetzen will. Ohne Abstraktion, über deren zweckmäßigen Grad diskutiert werden kann, erscheint Theorie unmöglich. Und ohne Abstraktion und vorsichtig gehandhabte Theorie läßt sich die wirtschaftliche Wirklichkeit nun eben nicht durchdringen, durchleuchten und darstellen. Als ob nicht die Vertreter anderer Richtungen sich auch der Theorie bedienten, als ob nicht manche der kritisierten Instrumente auch von ihnen benutzt würden! Und zum System: Was möchte der Verfasser der Marktwirtschaft entgegenstellen — und mit welcher Argumentation? Das schreibt er leider nicht.

Romig will Ideologie nachweisen, und er bringt dazu manches Indiz. Das Anliegen rechtfertigt die pointierte und provozierende Formulierung. Aber

äußert er nicht auch selbst Wunschedenken und Ideologie? Noch dazu eine, die nicht immer explizit wird? Negation allein genügt nicht. Die notwendige Überprüfung und Entwicklung neuer Leitbilder stellt eine Daueraufgabe gesellschaftswissenschaftlicher Diskussion dar. Sie ist nie „gelöst“. Dazu erneut und drastisch am Beispiel der neoklassischen Theorie angeregt zu haben, ist das Verdienst des Verfassers.

Rolf Krüger, Aachen

Horst Sanmann (Hrsg.): Aspekte der Friedensforschung und Entscheidungsprobleme in der Sozialpolitik. Schr. d. Ver. f. Socialpol. NF, Band 64. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 109 S.

Ausgehend von den Ursachen der Friedlosigkeit, beschäftigt sich *Bruno S. Frey* in seinem „Beitrag der Ökonomik zur Friedensforschung“ mit den wirtschaftlichen Aspekten der Abrüstung, den wirtschaftlichen Kriegsgründen, der Wirtschaft als politischem Element sowie dem Beitrag der Ökonomik als Denkmethode. Der Sozialpolitik fällt dabei die Aufgabe zu, nicht nur die Befriedung im nationalen Raum zu bewirken, sondern die Überwindung der Friedlosigkeit in weltweitem Maßstab sicherzustellen.

Jürgen Zerche belegt an Beispielen die Anwendungsmöglichkeiten der Entscheidungstheorie in der Sozialpolitik. Die abgewogene Darstellung vermeidet eine Überschätzung der Möglichkeiten und macht den Zwang zur Objektivität, die interpersonelle Vergleichbarkeit und die Kontrolle von Entscheidungen als Vorteile glaubhaft.

Mit Überlegungen zur Wähler- und Repräsentantenstrategie geht *Liebmann-Keil* besonders auf die Wahlmöglichkeit zwischen Sozialinvestitionen und Transfers ein und kommt zu Schlußfolgerungen, die wissenschaftlich und politisch gleich aktuell sind.

Bernhard Külp stellt das Schlichtungsdilemma, die Möglichkeiten des Schlichters und die kritische Verhandlungsgrenze anhand der neueren amerikanischen Literatur dar.

Läßt sich Sozialpolitik noch immer als „die auf Sicherung fortdauernder Erreichung der Gesellschaftszwecke gerichtete Politik“ (Zwiedineck-Südenhorst) begreifen? In diesen Beiträgen, dem Ergebnis der Innsbrucker Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik im Herbst 1970, wird die Verfeinerung des begrifflichen und methodischen Instrumentariums wissenschaftlicher Sozialpolitik eindrucksvoll belegt, zugleich aber auch die Gültigkeit ihrer geradezu klassischen Definition.

Rochus Castner, Nürnberg

Karl-Ernst Schenk (Hrsg.): Systemanalyse in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 215 S.

Die Abhandlungen des Bandes entstanden aus Vorträgen, die im WS 1969/70 im Rahmen eines Kolloquiums über Systemanalyse und Wirtschaftskybernetik an der Universität Münster gehalten wurden und den systemtheoretischen Ansatz unter soziologischen, makro- und mikroökonomischen Aspekten behandeln. Der „Zwischenbericht“ Wirtschaftskybernetik von *G. Kade, R. Hujer*

und D. Ipsen enthält u. a. eine systemtheoretische Darstellung des geschlossenen Wettbewerbsmodells und geht an Hand der Kritik dieser homöostatischen Systeme zu einer Revision der aus dem kataktischen Gleichgewichtsdenken abgeleiteten dezisionistischen Planung zu einem umweltoffenen Planungssystem über, dessen wesentliches Merkmal die sozialpsychologisch erfaßbare Zielkorrektur im Laufe der auf Problemlösung gerichteten Prozesse darstellt. — Die Interpretation N. Luhmanns „Wirtschaft als soziales System“ orientiert sich an der These zunehmender Komplexität der Gesellschaft, als deren Folge eine wachsende „funktionale Differenzierung des Gesellschaftssystems“ zum Zweck der Reduktion der anders nicht zu bewältigenden Komplexität eintritt. Mit der Ausdifferenzierung in Teilsysteme, die selbst wieder eine evolutorisch wachsende Komplexität aufweisen und damit die Umwelt anderer Teilsysteme komplizierter machen, reproduziert sich potentielle Instabilität. Ein Glied der Gedankenkette Luhmanns begründet die provokante Hypothese, daß „es nicht die Funktion der Wirtschaft sein (kann), Knappheit zu beheben; vielmehr erzeugt sie Knappheit als systemeigenes Problemschema“ (S. 141). — Speziellere Fragestellungen liegen den übrigen Beiträgen zugrunde. G. J. Krol und H. Wessels geben einen Überblick über die „Systemanalyse und politische Ökonomie in den Ostblockländern“. K. E. Schenk behandelt die ordnungs- und organisationstheoretische Frage unter dem Systemaspekt (Gedanken zur Untersuchung von Koordinationsmechanismen mit systemanalytischen Methoden). Primär an praktischer Anwendbarkeit ausgerichtet sind die beiden Aufsätze von H. Biermann (Prognose- und Optimierungsmodelle in der Regionalplanung) und von H. Meffert (Systemtheorie aus betriebswirtschaftlicher Sicht).

Der Sammelband kann zwar nicht als Einführungslektüre benutzt werden, dürfte aber bei einem die Lektüre begleitenden Rückgriff auf lexikalische Hilfsmittel die im Vorwort formulierte Intention, die Anwendbarkeit der Systemtheorie in den Disziplinen und den damit möglichen Erkenntnisfortschritt deutlich zu machen, erfüllen.

Karl Georg Zinn, Aachen

Susan Strange: Sterling and British Policy: A Political Study of an International Currency in Decline. London - New York - Toronto 1971. Oxford Univ. Press. 363 S.

Die offensichtlichen Schwierigkeiten des britischen Währungssystems haben in den letzten Jahren eine Vielzahl von Publikationen hervorgerufen, die sich mit der Sterling-Währung und ihrer Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg befassen. Bereits in der Zwischenkriegszeit hat es dazu eine ausführliche Literatur gegeben: T. E. Gregory (The Gold Standard and its Future, 1931), W. A. Brown (England and the New Gold Standard, 1919 - 1926, 1929), R. G. Hawtrey (The Gold Standard in Theory and Practice, 1927) sind einige Beispiele; S. Pollard (The Gold Standard and Employment Policies, 1970) zeigt, wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg dieses Thema England beschäftigt. Hinzu kommt nun die Entwicklung der britischen Wirtschaft und des Sterling-Systems nach 1945; Judd. Polk (Sterling: its Meaning in World Finance, 1956), A. R. Conan (The Problem of Sterling, 1966) und S. Brittan (The Role of the Treasury, 1969) sind nur wenige der zahlreichen Autoren, die sich mit der britischen Nachkriegszeit, der Zeit des zerfallenden Kolonialreiches, auseinandersetzen.

Auch das Buch von *Susan Strange* wird angeregt durch die sichtbar rückläufige Bedeutung des Pfundes in den letzten Jahrzehnten. Als theoretisches Gerüst ihrer Untersuchung entwickelt die Verfasserin die Begriffe „neutral-“, „top-“, „master-“ und „negotiated-currency“, um die jeweilige Stellung des Pfundes wie auch anderer Währungen zu charakterisieren. Sie stellt die These auf, daß Großbritannien es versäumt habe, bei der Aufgabe seines Empire schnell genug auch seine Wirtschafts- und Währungspolitik den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Bedeutung der Sterling-Währung wird auf die politisch-militärisch-ökonomische Rolle Großbritanniens als Mutter des Empire zurückgeführt; mit dem Verlust dieser Rolle mußte auch das Pfund Gefahr laufen, seinen Führungsanspruch zu verlieren — ein Vorgang, den *Strange* zumindest seit 1936 zu erkennen glaubt. Lediglich die Kriegsjahre mit ihren anderen Problemen ließen diese Entwicklung erst in den 1950er Jahren allgemein sichtbar werden. Hier aber machte Großbritannien den zweiten Fehler, indem es versäumte, das Verhältnis des Pfundes zum Dollar rechtzeitig zu korrigieren. Die Verfasserin gibt als Entschuldigung an, daß es wesentlich schwieriger sei, einem Land seine geschwundene Bedeutung klarzumachen und seine Ansprüche im Falle Englands auf die Gegebenheiten der „post-imperialen“ Periode zurückzuschrauben, als sich in umgekehrter Richtung anzupassen (Beispiel: USA). Die Entwicklung der britischen Zahlungsbilanz, der wachsende Druck auf das Pfund Sterling 1958 – 68 lassen die Verfasserin nach der engen Verflechtung zwischen britischer Politik und der Rolle der britischen Währung in der Welt suchen. Auch hier kommt sie wieder zu dem Ergebnis, daß die tief eingewurzelten alten britischen Anschauungen über die Bedeutung des Pfundes als richtungsweisende Währung der Welt, die traditionelle Bank- und Währungspolitik zu lange fortgewirkt haben, als daß rechtzeitig eine Anpassung an die sich wandelnden Verhältnisse möglich gewesen wäre. Erst in den 1970er Jahren glaubt *Strange* zu spüren, daß England nunmehr bereit ist, die politische Wirklichkeit zu akzeptieren und dann auch eine entsprechende Wirtschafts- und Währungspolitik zu betreiben.

Susan Strange ist kein ausgesprochener Währungsfachmann, sie ist Journalistin und interessiert sich für internationale wirtschaftliche Beziehungen. Vielleicht ist aber gerade deswegen ihre so unkompliziert geschriebene Darstellung, in die weltweite persönliche Erfahrungen und Kenntnisse einfließen, nicht ohne Reiz.

Harald Winkel, Aachen

Henri Theil: *Principles of Econometrics*. Amsterdam, London 1971. North-Holland Publ. Comp. 736 S.

Der Behandlung ökonometrischer Methoden wurde in den letzten Jahren eine beachtliche Anzahl von Lehrbüchern gewidmet. An Neuerscheinungen wird man daher gewisse Ansprüche hinsichtlich der didaktischen Darbietung des Stoffes oder der Einbeziehung neuerer Entwicklungen der ökonometrischen Theorie oder ihrer Anwendung stellen müssen. Dem umfangreichen Lehrbuch von *Theil* ist anzumerken, daß der Verfasser bemüht war, beiden Forderungen zu entsprechen, wenngleich sicher nicht jeder an der Art der Organisation des Stoffes Gefallen finden wird. *Theils* Konzeption beruht auf den Erfahrungen seiner Lehrtätigkeit an der Universität Chicago, aber offenbar auch auf dem Bestreben, dem Theoretiker wie dem Anwender ein Nachschlagebuch anzubieten. Die Organisation des Stoffes ist etwas unorthodox, und zwar weniger in der Folge der Kapitel als in dem Aufbau innerhalb der

einzelnen Kapitel. *Theil* folgt nicht dem Prinzip einer möglichst nahtlosen Abfolge; einzelne Kapitel oder Abschnitte sind vor der Durcharbeitung später folgender Abschnitte vom Anfänger schwer oder nicht zu verstehen. Diese Abschnitte sind jedoch deutlich gekennzeichnet und werden für einen einführenden Kurs nicht empfohlen. Es ist daher jedenfalls für den Anfänger ratsam, dem von *Theil* selbst vorgeschlagenen Weg durch das Buch zu folgen.

Inhaltlich bewegt sich der Autor zunächst im gewohnten Rahmen. In den ersten beiden Kapiteln wird eine Zusammenfassung der einschlägigen Ergebnisse der Matrixalgebra und der statistischen Methodenlehre gegeben, die für den fortgeschrittenen Studenten der Wirtschaftswissenschaften im wesentlichen eine Wiederholung und Auffrischung seiner Kenntnisse sein sollte. Die nächsten beiden Kapitel sind der Methode der kleinsten Quadrate und der Einführung in das klassische lineare Regressionsmodell, aber auch dem Problem der Multikollinearität sowie der partiellen und multiplen Korrelation gewidmet. Im 5. Kapitel folgt die statistische Analyse der Störvariablen. Es werden die Probleme der Heteroskedastizität und Autokorrelation sowie ein Linearitätstest behandelt.

In den folgenden Kapiteln wendet sich *Theil* den Problemen zu, die aus einer Modifizierung der Annahmen des klassischen Regressionsmodells entstehen. Kapitel 6 enthält eine Darstellung des Aitken-Modells und eine Behandlung der Schätzprobleme bei heteroskedastischen und autokorrierten Störvariablen. Bereits hier werden Modelle mit verteilten Verzögerungen eingeführt. Im 7. Kapitel wird die verallgemeinerte Methode der kleinsten Quadrate auf die Schätzung mehrerer linearer Beziehungen (Zellner-Modell) angewandt. Dieses und das folgende 8. Kapitel, das neben einer Einführung in die asymptotische Verteilungstheorie auch eine Analyse der asymptotischen Eigenschaften der Schätzungen von Modellen mit verteilten Verzögerungen enthält, dient nicht zuletzt der Vorbereitung der Schätzung simultaner linearer Gleichungen, die in den nächsten beiden Kapiteln behandelt wird. In den beiden letzten Kapiteln findet man eine Diskussion der Probleme der Fehlspezifikation und der Aggregation sowie einige Ausblicke auf neuere oder bisher weniger im Brennpunkt stehende Entwicklungen der Theorie, z. B.: verteilungsfreie Verfahren, Modelle mit stochastischen Koeffizienten, einige Aspekte der Informationstheorie und der Bayesschen Statistik.

Es gibt Lehrbücher, in denen die statistischen Methoden der Ökonometrie straffer abgehandelt werden. Die Darstellungsweise *Theils* wird aber sicher den vielen Studenten der Wirtschaftswissenschaften entgegenkommen, die eine ökonomische Motivierung der ökonometrischen Methoden wünschen und hier von den Erfahrungen eines Autors profitieren können, der die Ökonometrie auch aus der Sicht des Anwenders kennt. Die mehr als 400 Aufgaben, z. T. mit Lösungshinweisen, steigern den Wert dieses Buches, das Anfängern und Fortgeschrittenen sehr empfohlen werden kann.

Manfred Kricke, Mannheim